

# Leipziger Volkszeitung

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Aboonimentspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pf., bei Selbstabholung 80 Pf. — Durch die Post bezogen vierfachjährlich 2.40 M., für 1 Monat 80 Pf. (Bestellgeld vierfachjährlich 42 Pf., monatlich 14 Pf.).

Redaktion:  
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 18000.

Inserate kosten die 7 gespaltene Zeitzeile oder deren Raum 25 Pf., bei Plakatwurkstatt 30 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtausgabe 4.— M. jedes Laufend, bei Zettelauslage 5.— M. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Tageskalender.

Im Herzogtum Gotha wurden heute, wie nach den Wahlmännerwahlen zu erwarten war, neun Sozialdemokraten gewählt.

Im Österreich ist eine Ministerkrise ausgebrochen.

Die französische Deputiertenkammer sprach dem Kabinett Poincaré in der Wahlreformvorlage ihr Vertrauen aus.

Das Eisenbahnuunglück bei Molmstätt hat bis jetzt 21 Todesopfer gefordert.

Die türkische Regierung droht allen in Konstantinopel lebenden Italienern die Verhaftung an, die nicht bis heute die Türkei verlassen.

## Wohin führt der Weg?

Leipzig, 19. Juni.

Wie der von der Organisationskommission der Partei vorgelegte Entwurf eines Organisationsstatutus zeigt, hat die Kommission den ihr vom Jenaer Parteitag erteilten Auftrag in umfassender Weise ausgeführt. Sie ist weit über das hinausgegangen, was den Kernpunkt der Anregung zu einer Aenderung bildete, nämlich die Vorwürfe, die in der Marokkadebatte gegen den Parteivorstand gerichtet wurden. Mangel an Initiative und Langsamkeit in seinen Handlungen wurde dem Parteivorstand vorgeworfen. Nun sollte durch organisatorische Aenderungen der gerügte Uebelstand beseitigt werden. Allerdings können zu diesem Zweck verschiedene Wege eingeschlagen werden, aber der, den uns die Kommission zeigt, ist nach meiner Ansicht der bedenklichste.

Wie? Die Initiative des Parteivorstandes in politischen Angelegenheiten soll durch einen über ganz Deutschland verstreuten Parteiausschuß gefördert werden? Nach meiner Auffassung ist das nur möglich, wenn die Beratungen des Parteivorstandes in kurzen Zwischenzeiten stattfinden und auf dem laufenden bleiben, sowie die Beratenden in stetem Kontakt miteinander stehen sollen. Der nach den §§ 20—22 des Entwurfs einzuführende Parteiausschuß, der überdies nur über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen und andre abgegrenzte Angelegenheiten mit entscheiden soll, schlicht diese unerlässlichen Bedingungen geradezu aus. Außerdem ist es völlig in das Belieben des Parteivorstandes gestellt, was er für wichtig genug hält, um den Parteiausschuß einzuberufen. Nach dem Wortlaut des § 21 des Entwurfs werden es nur außergewöhnliche Fälle sein, die den Parteivorstand veranlassen werden, den Par-

teiausschuß einzuberufen. Dient das der politischen Aktivität unserer Parteileitung, kann das auf ihre Entschlusskraft, ihre Entschlussfähigkeit fördernd einwirken? Den möchte ich sehen, der das behaupten wollte!

Die Schwerfälligkeit dieses vorgeschlagenen neuen Apparates muß jedem in die Augen springen, der nur seine Zusammensetzung überdenkt. Nicht allein hindert seine Verteilung über das ganze Reich die Schnelligkeit eines nötigen Eingreifens, es fehlt ihm auch der geistige Kontakt, den herzustellen erst nach der Einberufung versucht werden muß. In diesem Parteiausschuß werden alle Richtungen in der Partei vertreten sein. Die Parteileitung aber muß im Sinne der Parteitagsbeschlüsse einheitlich handeln. Um das zu können, muß die eine oder andre Richtung erst nach der Einberufung des Ausschusses überzeugt werden. Die Aktivität wird also gestört, mehr gehemmt als gefördert.

Es könnten noch weitere praktische Einwände gegen die vorgeschlagene neue Institution gemacht werden, aber sie sind für mich nicht das wichtigste, das gegen sie spricht. Weit wichtiger ist die grundsätzliche Aenderung, die damit in unserer Parteioorganisation vorgenommen werden soll. Über diese grundsätzliche Aenderung befindet sich in den Motiven zu dem vorgeschlagenen Statut kein Wort. Es scheint, daß sie in der Kommission gar nicht zur Sprache gekommen ist oder daß sie nicht Bedenken genug erregt hat, um über sie überhaupt etwas in den „Bemerkungen“ (Motiven) zu sagen.

Mit der Schaffung dieses Parteiausschusses betreten wir den Weg zur Dezentralisierung. Und noch dazu, wie ich oben darlegte, zu einem verschränkten Zweck. Auf dem Parteitag zu Mainz, wo das jetzt bestehende Statut geschaffen wurde, hielt zwar der Genosse Ignaz Auer eine beantragte straffere Zentralisation in der Leitung und Verwaltung der Partei nicht für angebracht, aber Auer war stets gegen eine Dezentralisierung in der Partei, die die Einheit und Geschlossenheit der Partei stören könnte. Auch die Disziplin in der Partei hängt von der Geschlossenheit ihrer Leitung und Verwaltung ab. Es ist daher gefährlich, eine Lockerung in der Organisation vorzunehmen, die unliebsame, schädliche Wetterungen nach sich ziehen müßte.

Die Zusammensetzung des Parteiausschusses nach dem Entwurf fördert ohne Zweifel den Föderalismus. Wie hat die Partei sich in früheren Jahren, speziell auf dem Frankfurter Parteitag, gegen die versuchte Einschleppung des Föderalismus in die Partei gewehrt und verwahrt! Und es gilt heute noch, sogar in verstärktem Maße, sich gegen jeden derartigen Versuch zu kehren, nachdem die Partei viel größer geworden ist. Die Disziplin kann in der groß gewordenen Partei am besten durch strenge Zusammenfassung unserer Parteileitung erhalten und gefördert werden. Da-

her muß man sich gegen die vorgeschlagene Neueinrichtung wenden.

Der Vorschlag der Organisationskommission greift aber noch weiter. Er beschränkt die Rechte unserer höchsten Instanz, des Parteitags: das Wahlrecht des Parteitags wird zum Bestätigungsrecht herabgedrückt. Die ungünstige Wahlordnung, die dem Entwurf angehängt ist, bringt das fertig. Zwar heißt es darin, daß die Personen für den Parteiausschuß dem Parteitag vorgeschlagen seien, aber diese Personen werden in den abgeteilten 32 Bezirken gewählt. Es ist eine regelrecht formelle Wahl vorgeschrieben. Nun ist doch klar, daß dem Parteitag in der Regel nichts übrig bleibt, als die formell in den einzelnen Bezirken Gewählten nun seinerseits nochmals zu wählen, resp. zu bestätigen. Tut er es nicht, kommt es zu Konflikten. Die Bezirke werden auf ihrem Recht bestehen, das ihnen das Statut gewährt. Dieses Recht dient dem Föderalismus. Aber der Antrag 73 auf dem Jenaer Parteitag gibt keinen Untergrund für diese föderalisierte Reorganisation, die der Scheidung der Partei in einzelne Richtungen die Wege ebnet, während verjüngt werden sollte, den jetzt schon vorhandenen Richtungs-

differenzen in der Partei das Wasser abzugraben.

Mit der Neueinrichtung des Parteiausschusses ist noch eine weitere Aenderung verknüpft, die für die Partei schädlich ist. Die Kontrollkommission wird als dritte Instanz zur simplen Beschwerdekommission herabgedrückt, der man freilich auch die Kontrolle über die rein technischen Verwaltungsgeschäfte des Parteivorstandes belassen will. Bisher bestanden schon Zweifel, ob denn die Kontrollkommission ihre Befugnisse voll ausübe und im gegebenen Falle auch die politische Tätigkeit des Parteivorstandes auf Grund ihrer Befugnisse beobachtet. Daher ist mehrfach der Wunsch laut geworden, entweder durch eine authentische Declaration der Bestimmung in § 20 des Statuts, die da lautet: „Zur Kontrollierung des Parteivorstandes usw. wählt der Parteitag eine Kontrollkommission“ — der Kontrollkommission größere Befugnisse zu geben oder diese Befugnisse im Statut so umzufestalten, daß der Kontrollkommission das Recht gegeben wird, über die politische Tätigkeit des Parteivorstandes zu befinden. Letzteres wäre weiter geeignet, für die Initiative des Parteivorstandes einen Anreiz zu bilden.

Verbündet man mit einer Erweiterung der Befugnisse der Kontrollkommission eine Erweiterung ihrer Mitgliederzahl und würde dazu unser Parteivorstand ebenfalls in seiner Mitgliederzahl verstärkt, sowie seine Zusammensetzung in einer Weise gestaltet, die eine unausgesetzte und lebendige Behandlung aller politischen Fragen ermöglichte, dann wäre den in Jena ausgesprochenen Wünschen Genüge geleistet und die Reorganisation ohne Schädigung für die Partei vollzogen. Das könnte geschehen durch Hinzuwahl

## Feuilleton.

### Hafenstürme.

Noman von W. W. Jacobs.

[Nachdruck verboten.]

Neunzehntes Kapitel.

80]

Alle Hoffnungen, die sich Thiesen wegen der Haltung Fräulein Schümanns gemacht haben mochten, wurden zerstört, als er sie zum erstenmal wiederfand; denn diese pflichtgetreue Tochter eines willenstarke Vaters beehrte ihn mit einer Verbeugung, die genau einen halben Zoll tief war, und gab dann ihrem Blick prompt eine andre Richtung. Am nächsten Tage ging er an Kapitän Schümann vorbei, und noch eine Woche später brauchte er nur die Augen zu schließen, um den Blick, mit dem dieser Herr dem von Thiesen gemachten Versuch des Wiedererkennens begegnet war, in all seiner grimmigen Schärfe vor sich zu sehen.

In der Elisenallee ging es ihm nicht besser, denn ein Besuch bei Herrn Wilkens machte ihn mit der Tatfrage bekannt, daß dieser angenehme Rendezvousplatz außerhalb des Bereichs von Fräulein Schümann geräumt worden war. Außerdem war Herr Wilkens voll von seinen eignen Sorgen und höchst begierig nach jedem Rat oder Trost, den man ihm geben könnte. Die ganze Allee wußte, daß Frau Lampe sich des Stewards wegen mit ihrem Sohn gestritten hatte, und ohne die Tatsachen zu kennen, besprachen sie dieses mit ungemeinem Freimut.

„Jetzt sprechen Sie und Edu nicht mehr miteinander,“ erzählte Herr Wilkens betrübt, „und wenn man die Leute reden hört, sollte man meinen, ich wäre schuld daran.“

Thiesen tröstete ihn, soweit er konnte. Er ging sogar so weit, zu sagen, daß Frau Lampe eine schöne Frau sei.

„Sie benimmt sich wie eine Märtyrerin,“ rief Herr Wilkens aus, „sie kommt rüber und macht Andeutungen, daß die Leute über uns reden und peinliche Fragen an sie richten. Ich muß mich immer stellen, als verstände ich sie nicht, und das allein ist genug, um mich verrückt zu machen. Und dann kommt sie mit dem, was sie zu sagen hat, so plötzlich heraus, daß gar nicht gegen sie aufzukommen ist. Noch heute morgen fragte sie mich, ob ich traurig sein würde, wenn sie stirbe?“

„Was sagten Sie darauf?“ fragte der Zuhörer.

„Ich sagte ja,“ gab Herr Wilkens widerstreitend zu. „Ich konnte doch nichts andres sagen, aber ich sagte ihr, daß sie sich durch meine Gefühle in keiner Weise beeinflussen lassen sollte.“

Kapitän Thiesen segelte einen oder zwei Tage später wieder ab, und darauf geschah nichts weiter. Die Villa Schümann war eine uneinnehmbare Festung, und das einzige Mitglied der Garnison, das Ernst im Zeitraum von vierzehn Tagen sah, war Bella.

Seine Niedergeschlagenheit entging nicht der Aufmerksamkeit seines Partners. Nachdem er ihm erst zu Liebestränen, dann zu einem Besuch bei einem bekannten Spezialisten für Herzleiden geraten hatte, empfahl er ihm schließlich mehr Arbeit und legte einen edelmitig bemessenen Teil seiner eignen auf das Wult des jungen Mannes. Thiesen, der in übler Laune war, setzte sie auf den Fußboden, und mit einigen schneidenden Bemerkungen über Oberflächlichkeit, die dem Alter nicht gut anständig, fuhr er fort, in düsterem Schweigen seine Pflicht zu erfüllen.

Kurze Zeit darauf mußte er aber allen Ernstes die Arbeiten seines Teilhabers auf sich nehmen. Zum erstenmal in seinem Leben mußte sich der lustige Schiffsmäst mit einer ziemlich ernsten Krankheit zu Bett legen. Eine Erkrankung, die er sich beim Baden geholt hatte, hatte gewisse schwache Stellen getroffen, und der Patient, der einen Hang zum Tragen hatte, nahm ein größeres Interesse an medizinischen Werken, als seinem Arzte ratsam erschien.

„Höchst interessantes Studium,“ sagte er schwachen Tones zu Thiesen, als der letztere eines Abends an seinem Bett saß und versuchte, ihn auf die übliche Weise dadurch aufzuheben, daß er ihm sagte, ihm fehle gar nichts. „Es gibt allein Dutzende verschiedener Leberkrankheiten, und die habe ich alle.“

„Leber ist nicht so schlimm,“ behauptete sein Besucher mit dem Vertrauen der Jugend.

„Bei mir aber doch,“ entgegnete der Kranke, „sie ist zweimal so groß, als sie sein sollte, und wächst noch immer. Die linke Lungenpfeife verküllt, oder ich müßte mich schon sehr irren; das Herz, anstatt im Walzertakt zu schlagen, wie es sich für mein Alter passen würde, klopft im Galopp, und alles andre ist so krank, wie es nur sein kann.“

„Wann kommen Sie wieder?“ fragte der andre.

„Wieder?“ wiederholte Köppen, „wieder? Sie haben wohl nicht zugehört! Ich bin ein Brud. Und alles nur deshalb, weil ich in etwas übertriebener Weise dem Urinstinkt des Menschen, im Wasser zu plantschen, nachgegeben habe. Was gibt es Neues?“

Thiesen zögerte und schüttelte den Kopf. „Schümann wird im Juli heiraten,“ sagte er schließlich.

„Er würde besser getan haben, den Ausflug auf dem Segler gemacht zu haben,“ war Köppens Meinung, „aber das sind keine Neuigkeiten. Nathan Schmidt hat mir das heute morgen schon erzählt.“

„Nathan Schmidt?“ wiederholte der andre erstaunt.

„Ich habe ihm einen kleinen Dienst geleistet,“ sagte der Kranke. „Hab ihm aus einer fatalen Geschichte mit Garth u. Co. herausgeholfen. Er ist zwe- oder dreimal hier gewesen, und ich muß gestehen, ich finde, daß er ein höchst bezaubernder Hanfunk ist.“

„Vögel von einem Schläge“ — begann Thiesen anzüglich.

„Schmeicheln Sie mir nicht,“ lehnte Köppen mit einer bittenden Handbewegung aus seinen Kissen heraus ab. „Ich

unbeschäftigte Mitglieder, die mit den bureautischen Arbeiten nichts zu tun haben, aber an den Beratungen des Gesamtvorstandes teilnehmen. Die praktische Verwirklichung dieses Vorschlags bietet nicht entfernt die Schwierigkeiten, wie die Schaffung des vorgeschlagenen Parteiausschusses.

Die Vorschläge der Organisationskommission entsprechen dagegen weder den auf dem Jenaer Parteitag gestellten Forderungen, noch tragen sie der Entwicklung der Partei Rechnung. Vielmehr müsste ihre Verwirklichung die Differenzen zwischen den beiden vorhandenen Richtungen verschärfen. Vorschub leisten sie in der Tat allen revisionistischen Neigungen, die sich in einer föderalistisch gearteten Organisation viel mehr breit machen könnten. Damit wird die Einheit der Partei in Frage gestellt. Die Einheit der Partei ist jedoch so losbar, daß wir daran nicht rütteln lassen dürfen.

F. Geyer.

## 9. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Berlin, 18. Juni.

Vormittags, kurz nach 9 Uhr, wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Den Bericht des Vorstandes gibt ebenfalls Konrad Barth-München. Er weist auf die großen Fortschritte im gemeinsamen Bezug der Waren von der G. C. G. und der damit verbundenen Ausscheidung der Eigenproduktion hin. Wie diese und die Verteilung sich günstig entwickelt habe, so auch die Verlagsanstalt des Zentralverbandes, die glänzende Fortschritte gemacht hat. Für diesen Fortschritt hat hauptsächlich die Genossenschaftspresse gearbeitet, aber auch die Einflussvereinigungen haben wesentlich zu den Erfolgen beigetragen. Weiter seien die Fortbildungskurse als Förderer der Verbesserungen der Konsumgenossenschaften zu nennen, die sich nicht nur auf die Verteilung der Waren bestritten. Die Errichtung von Notfonds, die Tätigkeit auf dem Gebiete der Wohnungsförderung, die Unterstützungsstufen usw. zeigen zugleich das gemeinnützige Bestreben der Konsumgenossenschaften. Die Krone der gemeinnützigen Unternehmungen dürfte aber die gesellschaftlich-gewerkschaftliche Volkssicherung werden. Der Berichtsersteller ging hierauf auf die Steuerfrage ein, die weniger von den Staatsbehörden, als immer mehr von den sog. Mittelständlern angefochten wird. Die Staatsbehörden werden darf gemacht, die Steuerschraube so anzuziehen, daß den Konsumgenossenschaften die Lust ausgeht. Die Mittelständler begründen ihr Vorgehen damit, daß die Konsumgenossenschaften den Mittelstand ruinieren. Der Redner ist der Meinung, daß der Mittelstand sich selbst ruiniere durch sein ununterbrochenes Jammer. Er möge erst lernen, die heutige Zeit zu verstehen. Die Konsumgenossenschaften werden ungehindert aller Angriffe, auf das Vertrauen der Konsumanten gestellt, zu weiteren Erfolgen schreiten.

Kaufmann-Hamburg gibt im Anschluß hieran den Bericht des Generalsekretärs. Er verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht, den wir bereits in der Leipziger Volkszeitung vom 25. Mai aufschriftlich besprochen haben. Nach einem kurzen historischen Rückblick von der Gründung des Zentralverbandes bis zu seinem heutigen Stand befürwortete Kaufmann einen weiteren Ausbau der genossenschaftlichen Organisationen, der durch das rasche Wachstum sich notwendig mache. Obwohl das Gesetz die Revision eines Vereins nur aller zwei Jahre einmal vorschreibe, so gebe doch das Bestreben des Zentralverbandes dahin, alle Vereine jedes Jahr einmal zu revidieren. Um das zu ermöglichen, sei aber die feste Anstellung der Verbandsrevisoren notwendig, die dann auch einen schriftlichen Bericht über die vorgenommene Revision an den Vorstand des Zentralverbandes einzureichen haben.

Diese Ausgestaltung der Revisionen koste allerdings Geld. Aber es sei zu bedenken, daß heute schon das Hingehen über die bewährten genossenschaftlichen Grundsätze, wie es sich in verschiedenen Vereinen bemerkbar mache, der Konsumgenossenschaftsbewegung jährlich an 100.000 Mark koste. Diese Verpflichtung der Verbandssekretariate bedinge allerdings eine Änderung der Verfassung der Revisionsverbände, die wiederum eine Änderung der Verfassung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Gefolge habe. Das Sekretariat des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine soll aufhören ein selbständiges Organ des Verbandes zu sein, dafür soll ein Generalrat geschaffen werden, der aus den Vorstandsmitgliedern, Aufsichtsratsmitgliedern und Sekretären der Revisionsverbände, den Geschäftsführern und Aufsichtsratsmitgliedern der Großeinzelgeschäft bestehet. Ferner soll die Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine aus der juristischen Person einer offenen Handelsgesellschaft in die Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit einem Stammkapital von 1 bis 2 Millionen Mark, unter der Firma Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine umgewandelt werden. Vor Ende des laufenden Jahres sei ein außerordentlicher Genossenschaftstag zur Beschlusssitzung über die abgeänderten Satzungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und in Verbindung damit die Gründungsversammlung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine zur Beschlusssitzung über den Gesellschaftsvertrag einzuberufen. Ein dementsprechender Antrag, der alle Einzelheiten über die Ausgestaltung enthält, ist den Delegierten vom Ausschuß und Vorstand des Zentralverbandes unterbreitet worden.

In der Diskussion übt Franko-Leipzig an diesem Antrag Kritik. Nach seiner Ansicht dürfte es den deutschen Genossenschaften schwer fallen, die Kosten für die Umwandlung aufzubringen. Aber noch ein anderer Grund spreche hiergegen. Sämtliche 80 Proz. der Konsum-

genossenschaften setzen auch an andern Druckereien interessiert, und es könnte diesen Mitgliedern, die doch die Träger der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung seien, nicht gleichgültig sein, wenn diesen Druckereien die Aufträge entzogen werden, um sie nach Hamburg zu befördern. Bevor nichts Näheres über die weitere Ausschreibung der Verlagsanstalt bekannt sei, müßten die Leipziger Vereine den Antrag ablehnen. Krieger-Leipzig weist ebenfalls darauf hin, daß die Konsumanten ein Interesse an der Prosperität der vom Genossenschaften finanzierten Druckereien haben. In diesen würde die Presse hergestellt, die in wirtschaftlicher Weise die Konsuminteressen vertritt. Hierin mangelt es sehr viel bei den seitenden Personen des Zentralverbandes. So sei auch in dem letzten Jahrbuch ausgeführt, daß der Kampf gegen die Lebensmittelverteuerung nicht Aufgabe des Zentralverbandes sein könne. Mit schönen Reden, mit denen man nirgends anstoßen will, erreiche man nichts weiter, als daß die Konsumgenossenschaften auch weiter als Aschenbrödel behandelt werden. Schmidt-Gebhard geht auf einen strittigen organisatorischen Punkt ein, den Kaufmann in seinem Schlusshort klarlegt. Dann geht Kaufmann auf die Ausführungen Frankos und Kriegers ein. Der ablehnende Standpunkt der Leipziger führt dazu, daß die Verlagsanstalt in kurzer Zeit der Pleite entgegenzuhören. Die Genossenschaften hätten ihren Organisationen die genossenschaftliche Treue zu lägen. Daraus ergibt sich von selbst, daß die Verlagsanstalt immer mehr Druckaufträge erhalten. Auf den von den Leipzighern gekennzeichneten Weg würde sich die Mehrzahl der deutschen Genossenschaften nicht begeben. Die Ausdehnung der Verlagsanstalt verlangt eine Dezentralisierung. Verschiedene Kaufleute müßten in den verschiedensten Landesteilen erzielt werden. Für die Konsumvereine sei es eine lukrative Anlage ihrer Kapitalien, wenn sie diese in Papieren der Verlagsanstalt anlegen.

Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages gegen wenige Stimmen.

Über die Errichtung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksversicherungs-Aktiengesellschaft „Vollfürsorge“ referiert hierauf A. v. Elm. Der Referent erkennt die organisatorische Leistung der „Volkswacht“ und der „Friedrich Wilhelm“ rückhaltlos an. Sie haben es vortrefflich verstanden, die Interessen ihrer Aktionäre zu wahren. Damit sei aber den Versicherten nicht geblieben. Deshalb begründet v. Elm die Errichtung einer Vollfürsorge zum großen Teil mit denselben Motiven, die den Gewerkschaftskongress in Dresden veranlaßten, dem Antrag einstimmig zuzustimmen. Für die Vollfürsorge kommen circa 8 Millionen Menschen in Betracht. Wenn auch diese durch die Besteuerung der Lebenshaltung, durch soziale Abgaben usw. stark belastet sind, so wohnt doch gerade in den für die Vollfürsorge in Betracht kommenden Volksschichten ein starkes Pflichtbewußtsein, sich und ihre Angehörigen gegen die Wechselseite des Lebens zu schützen. Damit ist aber auch die Lebensfähigkeit einer derartigen Volksversicherung gesichert. Über auch die finanzielle Seite ist gesichert, daß das Grundkapital von einer Million bereits je zur Hälfte von den Gewerkschaften und den Genossenschaften bar eingezahlt ist. Wenn auch noch einige Schwierigkeiten zu überwinden sind, so hofft doch der Redner, daß dies noch im Laufe dieses Jahres geschieht, damit die Versicherung bereits am 1. Januar 1918 ihre Wirksamkeit aufnehmen kann. Zu diesen Schwierigkeiten gehört auch die Einziehung der Beiträge. Diese Frage kann bei den Gewerkschaften leicht gelöst werden, schwieriger sei dies bei den Genossenschaften. Viele dieser seien noch recht rückständig. Hier sei es notwendig, durch besondere Einrichtungen, wie solche u. a. in dem Mitgliederausschuß der Produktion getroffen seien, die Einführung der Beiträge von den Genossenschaften zu erreichen. Mit einem Appell, für das Gebeten der Versicherung zu wirken, schloß v. Elm seinen Vortrag unter lebhaftem Beifall.

Bauer, Vertreter der Generalkommission, versichert, daß es an der Generalkommission und dem Zentralverband liegen wird, die technischen Schwierigkeiten in kürzester Zeit zu überwinden, um so die „Vollfürsorge“ recht bald als ein Wahrzeichen genossenschaftlicher und gewerkschaftlicher Selbsthilfe erscheinen zu lassen.

Über das Musterstatut für Konsumvereine referiert Schmidt-Niemehy. Hierzu liegen verschiedene Abänderungsvorschläge vor, die jedoch für die Deutschtumkeit kein Interess haben.

Das Statut wird mit einer unmesenlichen Aenderung angenommen.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen werden die Verhandlungen um 2 Uhr nachmittags auf Mittwoch, vormittags 9 Uhr, fortgesetzt.

## 11. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

r. Stuttgart, 17. Juni.

Im großen Festsaale des Stuttgarter Gewerkschaftshauses begann heute die Generalversammlung unter Teilnahme von 120 Delegierten, den Vertretern des Vorstands, der Redaktion, der Revisoren, des Ausschusses, sowie von 13 Gauleitern. Vertreter der Bruderverorganisation des Auslands sind erschienen aus Österreich, Ungarn, Schweiz, Frankreich, Dänemark, Schweden, Holland und England.

Verbandsvorsitzender Hößlich eröffnete die Generalversammlung, der er die traurige Mitteilung machen mußte, daß der Genosse Anderßen, Vorstandsmitglied des bairischen Verbands, auf dem Wege zur Generalversammlung plötzlich verstorben ist.

Dann kam die Internationale zum Wort. Shaw-England wies auf die aufregenden Zeiten hin, die die englischen Gewerkschaften gegenwärtig infolge der Niederschläge durchleben und streifte dann die Eigenart der englischen Organisationsverhältnisse im Gegensatz zur deutschen Zentralisation und das vollständige Zehn der eignen Arbeiters- bzw. Parteipresse. Diesem letzteren

bin nicht würdig, zu seinen Füßen zu sitzen. Er ist der amüsanteste Schelm an der ganzen Küste. Er wirkt wie ein Sonnenstrahl in einem Krankenzimmer, wenn Sie ihn einmal dahin bringen können, von seinen Erlebnissen zu berichten. Haben Sie den jungen Schümman fürzlich gesehen? Sieht er vergnügt aus?"

"Ja, aber er ist es nicht," war die Antwort.

"Na, der Jugend kommt es zu, ans Heiraten zu gehen," meinte der andre ernst. "Ich glaube, Seemele wird der nächste sein."

"Möglich" versetzte Thießen mit erkundelter Ruhe.

"Meiberg sprach heute morgen davon," begann der andre wieder und sah ihn aus halbgeschlossenen Lidern an, "aber er knusste und beklopste beim Sprechen alle meine Rippen, so daß ich nicht alles hörte, was er sagte, aber ich glaube, es ist alles in Ordnung. Seemele ist beinahe jeden Tag da im Hause, soweit ich hörte; Sie treffen ihn wohl da?"

Herr Thießen pfiff leise, stand auf, ging durch das Zimmer, klopfte Medizinschlachten auf und roch an deren Inhalt. Ein Lächeln unverhohlener Freude glitt über sein Gesicht, als er den Stöpsel von einer besonders scharfen Mixture entfernte.

"Zwei Chlößel voll dreimal täglich," begann er langsam. "Wann haben Sie zuletzt eingenommen, Köppen? Soll ich nach der Krankenschwester läuten?"

Der Kranke schüttelte ungeduldig den Kopf. "Sie sind ein unauflöbarer Schlingel," murmelte er, "sonst würden Sie mir sagen, wie Ihre Sache steht. Haben Sie Fortschritte gemacht?"

"Sie bekommen jetzt schwachsinnige Anwandlungen," sagte Thießen ruhig. "Ich will sieben gehen."

"Na gut, dann gehen Sie," antwortete der Kranke, "aber wenn Sie das Mödchen verlieren, weil Sie den erfahrenen Rat eines Sachverständigen verschmähen, werden Sie sich das nie vergeben — ich meine das durchaus ernst."

Lebensstand sind die englischen Arbeiter jetzt abzuholzen an der Arbeit. Die englischen Gewerkschaften sind nicht ausgesprochen sozialistisch, aber sie sind auch keine Antisozialisten. Medner selbst ist davon überzeugt, daß, erst wenn die Arbeiter das Land und das Kapital besitzen und selber die Produktion übernehmen und leiten, sie das Leben glücklicher und zufriedener Menschen führen können. Renard. Alle schilderte, wie die Organisationen in Frankreich beschaffen sind: lokale Organisationen, die zu bestimmten Aufgaben in einer großen Föderation vereinigt sind. Erst wenn Frankreich einmal dazu käme, die deutsche Form der Organisation nachzumachen — und es ist auf dem Wege dazu — dann würden auch seine Streiterfolge sich mit denen der deutschen Organisationen messen können.

Hanns-Wien sprach für die übrigen Gäste, indem er die Grüße und Wünsche der von ihnen vertretenen Organisationen, die in ihren Formen und Kampfmethoden mit denen der deutschen übereinstimmen. Hanns schloß mit den Worten: Es lebe der Kampf, der die Grundlage des Wirkens und Wachstums der Gewerkschaften ist.

Wobbel-Stuttgart begrüßte den Verbandstag im Namen der Filiale Stuttgart und der Textilarbeiter Württembergs, Parteisekretär Bullinger im Namen der sozialdemokratischen Partei Stuttgart.

Der Verbandsvorsitzende Hößlich gab den mindesten Geschäftsbericht. Innerhalb der letzten zwei Jahre hat der Verband glänziger wirtschaften können, als in der vorigen Geschäftsjahre, weil immerhin in einzelnen Zweigen der Industrie ein etwas glänziger Geschäftsgang war. Das war in der letzten Zeit der Fall mit der Baumwollindustrie, während ein durchaus guter Geschäftsgang seit längerer Zeit in der Samtindustrie herrschte. Während der Vorstand in der vorigen Berichtsperiode einen Rückgang des Verbands von 22 223 Mitgliedern meldete mußte, kann er für die heutige Geschäftsjahrszeit einen Aufschwung von 27 126 registrieren. Die gegenwärtige Mitgliederzahl beträgt 140 108, der höchste Stand, den der Verband jemals erreichte. Prozentual gegenüber der riesigen Gesamtzahl der Textilarbeiter ist die Organisation noch sehr schwach. Erfreulich ist es, daß der Verband das 50. Tausend wöchentlich 1000 Mitglieder überschritten hat.

Zu den Schattenseiten der Entwicklung gehört die noch allzu starke Fluktuation im Verband. Hößlich berechnet aus den vereinahmten Eintrittszahlen, daß in der Berichtszeit 87 655 Mitglieder aufgenommen wurden. Daraus spricht zwar eine recht gute Agitation, aber auch die Tatsache, daß der Verband nicht die Möglichkeit hatte, alle Aufgenommenen zu halten. Der Verband müsse also auf Mittel und Wege zur Hemmung dieser Fluktuation suchen.

Dem Verband ist es bis jetzt gelungen, 8155 Mitglieder zu gewinnen, die in den Beitragklassen der Jugendlichen zählen. Hößlich erörterte die Mittel und Wege, die zur Auflösung und Gewinnung der Jugendlichen angewendet wurden und fernerhin sich nötig machen. Zur Werbung von Mitgliedern im allgemeinen hat der Vorstand weniger mit großen Versammlungen und Plakatblättern gearbeitet, sondern durch zweckentsprechendes Agitationsmaterial und durch Direktivien mit sachlichen Anleitungen an die Hand- und Ortsvorstände. — Medner ging dann auf die Tätigkeit des im Bauvorstande geschaffenen Tarifamts ein, das den Zweck hat, Tarife aus den einzelnen Bezirken zu sammeln und übersichtlich zu ordnen, um an der Hand dieser Aufstellungen den einzelnen Orten, die in eine Bewegung eintreten wollen, Ratschläge erteilen zu können. — Als ein sehr wirksames Propagandamittel wandte der Verband die Branchenkongregationen an, so habe z. B. die wohlvorbereitete Tucharbeiterkonferenz in Thüringen wirklich etwas erreicht. Es handen weiter Konferenzen für die Plüsch- und Teppichmacher und für die Posamentiere statt. In bezug auf Streiks und Lohnbewegungen hat der Verband fast mit sämtlichen Betrieben der Hauptfabrikation im Kampfe gestanden.

Dann ging der Referent näher auf das Unterstüzungswesen ein. Es sei ein und wied nach, daß wider Erwarten die Arbeitslosenunterstützung mehr Auswendungen für die Frauen als für die Männer erfordert. Dasselbe ist aber in noch viel stärkerem Maße bei der Krankenunterstützung der Fall. Dies ist eine Entwicklung, die den Verband ohne weiteres zwinge, sein besonderes Augenmerk darauf zu richten. Zum Schlus ging Hößlich auf Veränderungen in der Gauverteilung und im Geschäftsführerwesen ein.

In der Nachmittagssitzung erstattete der Hauptkassenarzt Lehmann (die wichtigsten Zahlen siehe im Vortbericht), der Redakteur Wagner, der Aufsichtsvorsteher und der Vertreter der Revisoren, Niemehy-Berlin, ihre Berichte. Die danach einsetzende Debatte wurde, nachdem 4 Redner gesprochen, auf Dienstag verlegt.

## Gewerkschaftsbewegung.

Eine moderne Anstalt zur Lehrlingsausbildung.

In gewerblichen Fachkreisen, insbesondere in den Gewerkschaften, empfindet man die Mängel der Lehrlingsausbildung in der sogenannten „Meisterlehre“ zurück mehr denn je. Wenn in Gewerkschafts- und Parteiblättern von einer

Die Schwester, die aus dem Krankenzimmer kam, schloß sacht die Tür hinter sich und brummte etwas über diesen zweiten Besuch; da sie aber Thießen's Versprechen erhielt, den Kranken nicht aufzutreiben zu wollen, ließ sie ihn eintreten. Der Geruch der schauderhaften Medizin lag in der Luft.

"Na?" sagte der Kranke.

"Ich habe mir gesagt, daß ich vorhin etwas unhöflich gewesen bin," begann Thießen.

"Ah!" meinte der andre. "Was wünschen Sie?"

"Etwas von dem geschilderten Beistand, von dem Sie sprachen."

Herr Köppen ließ ein unruhiges Geräusch in seinem Halse hören. Bestürzt eilte Thießen auf ihn zu, doch er winkte ihn zurück.

"Ich habe nur gelacht," erklärte er.

Thießen unterdrückte mit Anstrengung seinen Ärger und bemühte sich, wenn auch nur mit halbem Erfolg, das Lächeln des andern zu erwidern.

"Fahren Sie fort," bat ihn der Schiffsmaler.

"Ich habe mir einen Plan ausgedacht, Schümman's Heirat unmöglich zu machen," begann Thießen langsam, "es ist eine gefährliche Sache, deren Erfolg von Ihnen und Nathan Schmidt abhängt."

"Er ist ein Freund der Löbels," warf der andre trocken ein.

"Das ist das wichtigste dabei," versetzte Thießen. "Das heißt, nächst Ihrer Schlauheit und Ihrem Takt. Alles hängt wirklich nur von Ihnen ab und davon, ob Sie Schmidt zum Narren halten können. Es kommt uns dabei sehr zu statthaft, daß Sie ihm jüngst geholfen haben."

"Wollen Sie zur Sache kommen oder nicht?" fragte der Makler.

(Fortsetzung folgt.)

"Lehrlingsmisere" geschrieben wird, so ist das keineswegs übertrieben, denn in den allermeisten Fällen werden in den Fabriken sowohl als auch bei Handwerkern Lehrlinge nicht zu dem Zweck, sie fachlich zu tüchtigen Handwerkern auszubilden, eingestellt, sondern man nimmt die jungen Proletarier an, um sie als billige Arbeitskräfte auszubeuten. Überaus häufig trifft es zu, daß Lehrlinge einen großen Teil der oft recht lang bemessenen Lehrzeit zu Hausarbeiten für den Meister, zu Ausläuferdiensten oder zu anderen Arbeiten, die mit dem zu erlernenden Beruf nicht das geringste zu tun haben, verwendet werden. Ist die Lehrzeit um, dann sind diese Leute oft bedauernswerte Stümper, viele haben nicht das Zeug dazu, sich in ihrem Beruf weiter zu bilden, sie werfen die Glinten ins Korn und tauchen im großen Heere der "Ungelernten" unter. Der sogenannte "Lehrlingschutz", den angeblich die neuere Gesetzgebung auf diesem Gebiete bietet, ist nicht im entferntesten geeignet, diesen Zustand zu bessern und der Lehrlingsmisere abzuholzen.

In der Industriestadt Fürth i. B. ist nun ein bemerkenswerter Versuch resp. ein Anfang gemacht worden, auf dem Gebiete der Lehrlingsausbildung Besserung zu schaffen. Diese Einrichtung, die da in Fürth getroffen worden ist und die gegenüber dem seitherigen Modus der Lehrlingsausbildung geradezu ideal genannt werden kann, dürfte allgemein interessieren, obwohl dabei vorläufig nur zwei Berufe, nämlich die Schreinerei und die Bildhauerrei in Frage kommen.

Im Jahre 1890 errichtete der Gewerbeverein Fürth eine Handwerksfachschule für die Holzindustrie. Ziel der Anstalt war, junge Leute, die der Volksschule entwachsen waren, unter Umgehung der Lehre beim Meister zu Schreinern resp. zu Bildhauern heranzubilden. Subventioniert wurde die Anstalt, die ursprünglich in kleinen gemieteten Hintergebäuden untergebracht war, von dem Gewerbeverein Fürth, von der Stadt Fürth sowie vom Kreis Mittelfranken. Nachdem schon seit Jahren das Bedürfnis bestand, die Anstalt zu vergrößern und sie in eigenem Anwesen unterzubringen, bewilligte der bayerische Landtag in der Etatsperiode 1910—1911 245 000 Mark für einen Neubau, in den die Handwerksfachschule untergebracht wurde. Die Stadt Fürth stellte unter Zustimmung der sozialdemokratischen Rathausfraktion einen Bauplatz von 350 Quadratmetern unentgeltlich zur Verfügung. In diesen Tagen ist die Fachschule in diesen modern eingerichteten Neubau eingezogen. Der Neubau besitzt alle für eine solche Anstalt nötigen Einrichtungen: helle, breite Korridore, vier Werkstätten für gewöhnliche Schreinerei, eine für Vollendungsarbeiten, einen Maschinensaal, große Zeichensäle, zwei Lehrsäle mit von der Stadt Fürth zur Verfügung gestellten Rettichschulbänken und Kabinen. (Die Lehrlinge sind von dem Besuch der Fortbildungsschule entbunden, weil die Fachschule besseren Erfolg bietet.) Ferner sind zwei Bildhauerwerkstätten, ein Vorbildersaal, ein Raum für Gipsabgüsse sowie die nötigen Büros und Magazinträume vorhanden. Allen hygienischen Forderungen ist in der weitgehenden Weise Rechnung getragen. Die Anstalt steht unter der Leitung des Gründers, Studienrat Weiß, der es fertig brachte, dieses Werk durchzuführen, obwohl ihm von den Fürther Innungsgesellen und deren Helfern aus begreiflichen Gründen die größten Hindernisse in den Weg gestellt wurden. Dem Anstaltsleiter steht entsprechendes Ausbildungspersonal zur Verfügung. Das zu zahlende Lehrgeld ist sehr gering bemessen; es fällt vielmehr, da die Stadt Fürth Zuschüsse leistet und Stipendien vorhanden sind, fast ganz weg. In nächster Zeit sollen der Anstalt Lehrwerkstätten der Metallindustrie sowie für Maler und Drechsler angegliedert werden.

### Leipzig und Umgebung.

#### Achtung, Musikinstrumentenmacher!

On den Polyphonwerken in Wahren bei Leipzig haben die Plattenfabriker wegen Akkordabschläge die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiterverband, Zahlstelle Leipzig.

#### Achtung, Maurer und Hilfsarbeiter!

In Sachen der Einführung des Mittwochwochenabschlusses teilen wir mit, daß uns die Firma Zimmermann u. Kuhn die Erklärung abgegeben hat, daß sie jetzt nicht beabsichtige, den Mittwochwochenabschluß einzuführen. Sie gebraucht vielmehr, die Sache bis zum nächsten Tarifabschluß zurückzustellen. Diese Erklärung vergleiche man mit der Tatsache, daß der Arbeitgeberverband das Schiedsgericht angerufen hat, weil die Firma Ohne u. Böhmer, Stoye und Zimmermann u. Kuhn den Mittwochwochenabschluß einführen wollten. Wie es scheint, hat der Bauarbeiterverband das Schiedsgericht angerufen, ohne daß die Mitglieder damit einverstanden sind, bzw. etwas davon wissen. Dass die Lohnzahlung auch ohne den Mittwochwochenabschluß geht, beweist die Erklärung der Firma Zimmermann u. Kuhn, sowie die Tatsache, daß die Firma Brömmel den Mittwochwochenabschluß aufgehoben und den Donnerstagswochenabschluß eingeführt hat.

Wir ersuchen die Kollegen nochmals, uns sofort Mitteilung zu machen, wenn eine Firma den Mittwochwochenabschluß einführen will und zu diesem Zweck diesbezügliche Arbeitsordnungen ausgibt.

Deutscher Bauarbeiterverband, Zweigverein Leipzig.

### Deutsches Reich.

Die Kriegserklärung der mitteldeutschen Metallindustriellen hat folgenden Wortlaut:

"Unser Mitglied, der Verein der Metallindustriellen der Provinz Hannover und der angrenzenden Gebiete, hat am 27. Mai 1910 Prozent seiner Belegschaft entlassen, nachdem der bei einem Teil seiner Mitglieder ausgebrochene Streik trotz weitgehender Zugeständnisse nicht beigelegt werden konnte.

Die Verbandsgruppen Hannover, Halle (Saale), Magdeburg des Gesamtverbands Deutscher Metallindustrieller hat am 10. Mai beschlossen, den Verein der Metallindustriellen der Provinz Hannover und angrenzenden Gebiete in dem ihm von den Gewerkschaften aufgezwungenen Kampfe zu unterstützen. Dieser Beschluss hat die Genehmigung des Gesamtverbands Deutscher Metallindustrieller gefunden.

Die hannoverschen Industriellen haben wiederholt den streikenden Arbeitern und der Öffentlichkeit gegenüber erklärt, daß sie zu

einer Verständigung im Wege der Aussprache bereit seien. Nachdem die streikenden Arbeiter die dazu gebotene Gelegenheit nicht ergreifen haben, wird in Ausführung des vorstehenden Beschlusses am Abend des 22. Juni in sämtlichen der unterzeichneten Gruppen angehörenden Betrieben die Entlassung von 80 Prozent der Arbeiterschaft eintreten, wenn bis dahin nicht alle innerhalb des Hannoverschen Vereins bestehenden Arbeiterbewegungen beigelegt werden sind.

Hannover, Halle (Saale), Magdeburg, 17. Juni 1912.  
Verbandsgruppe Hannover, Halle (Saale), Magdeburg des Gesamtverbands Deutscher Metallindustrieller."

Zu dieser Kriegserklärung und den darin aufgestellten unrichtigen Behauptungen ist zu bemerken:

1. Es sind keine weitgehenden Zugeständnisse gemacht. Während die Arbeiter die Forderung nach 54stündiger Arbeitszeit wöchentlich aufgegeben haben und nur noch eine 50stündige verlangen, wie sie die Frankfurter Industriellen unter Mitwirkung des Gesamtverbands deutscher Metallindustrieller erst kürzlich festgelegt haben, wollen die hannoverschen Industriellen nur 57 Stunden bewilligen, die Verkürzung auf den Sonnabend verlegen und keinen vollen Lohnausgleich einstreiten lassen.

2. Die hannoverschen Industriellen haben allerdings erklärt, daß sie zu einer Verständigung mit den Arbeitern im Wege der Aussprache bereit seien; sobald die Verhandlungskommissionen aber vorstellig würden, sind sie in der empfindlichsten Weise behandelt und ohne Resultat fortgesetzt worden. Das Verständigungsbaukasten war also eine glatte Romantik.

#### Die Scharfmacher an der Arbeit.

Trotzdem der Reichstag, kurz bevor er in die Ferien ging, mit überwältigender Mehrheit die konservative Resolution abgelehnt hat, die einen erhöhten Schutz der Herren Streikbrecher forderte, lassen sich die industriellen Scharfmacher nicht abhalten, für Arbeitsförderung einzutreten. So sah der Arbeitgeberverband Deutscher Papier- und Zellstoff-Fabrikanten in seiner am 11. Juni zu Straßburg i. E. abgehaltenen Hauptversammlung Beschluss tritt, das Verbot des Streikpostenstehens:

Angeschlossen der Ausschreitungen bei den letzten Ausständen in der Zellstoff- und Papiermacherei, die die wachsende Gefahr der Vergewaltigung Arbeitswilliger haben erkennen lassen, erachtet es der Arbeitgeberverband Deutscher Papier- und Zellstoff-Fabrikanten für seine Pflicht, erneut und nachdrücklich die Forderungen einzutreten. Da dieser Schutz bei Arbeitskämpfen größeren Umfangs durch polizeiliche Maßnahmen nicht immer in ausreichender Weise gewährleistet werden kann und infolge des Verhaltens der Streikposten die Anwendung der gesetzlich gegebenen Machtmittel sich als unzulänglich erwiesen hat, ist durch eine baldige Neuregelung der einschlägigen Bestimmungen, insbesondere durch ein gelegentliches Verbot des Streikpostenstehens, dafür Sorge zu tragen, daß die Unabhängigkeit und Sicherheit des einzelnen in dem Maße gewährleistet wird, wie es im Sinne der staatlichen Ordnung, der Freiheit des Erwerbslebens und der gebedecklichen Entwicklung des allgemeinen Wirtschaftslebens geboten ist. Der Arbeitgeberverband Deutscher Papier- und Zellstoff-Fabrikanten bedauert insbesondere die vom Deutschen Reichstag in seiner Sitzung vom 22. Mai d. J. zur Frage des besseren Schutzes der Arbeitswilligen eingetnommene Stellung, die weder den Vorstellungen der Arbeitgeber, noch auch denen der Arbeitnehmer entspricht.

Die Scharfmacher wissen natürlich ganz gut, daß die Belästigung des Koalitionsrechts durch gemeinfame Niederlegung der Arbeit notwendigerweise auch das Streikpostenstein bedingt. Ohne diese Kontrolle wären die Streikenden nicht imstande, die Chancen des Kampfes abzuwarten. Die Forderungen der Scharfmacher richten sich deshalb gegen das Koalitionsrecht überhaupt; die angebliche Sorge um den Schutz der Arbeitswilligen ist nichts weiter als Heuchelei. So leicht wird es dem Ausbeuterum nicht gelingen, seine Pläne zu verwirklichen.

#### Streiks und Ausperrungen.

Das Kaiserliche Statistische Amt berichtet in den Quartalsberichten über Streiks und Ausperrungen im 1. Quartal 1912. Da die Zusammenstellung des Statistischen Amtes auf den eingesandten Polizeiberichten beruht, ist natürlich Vorsicht bei der Verwendung der mitgeteilten Zahlen geboten. Wir geben zur Information aus dem Material die folgende Übersicht (die Vergleichszahlen aus dem Vorjahr in Klammern): Begonnene Streiks 317 (355), beendete Streiks 420 (408). An den Streiks waren 978 (1300) Betriebe mit 125 852 (86 923) darin beschäftigten Personen beteiligt. Von den beendeten Streiks hatten vollen Erfolg: 75 (77), teilweise Erfolg 179 (162), keinen Erfolg 188 (160). Danach übertraf das diesjährige Erfolgsresultat das vorjährige. 51 (51) neue Ausperrungen wurden angeordnet, 180 (21) Ausperrungen beendet. Hierbei fanden 548 (470) Betriebe mit 48 487 (21 758) Beschäftigten in Betracht. Angeblich war der Ausgang folgender: voller Erfolg 71 (8), teilweise Erfolg 65 (12), kein Erfolg 3 (1). Die diesjährigen Ausperrungen waren, was die Zahl der ersparten Betriebe und der beschäftigten Arbeiter anlangt, weniger bedeutend als wie die vorjährigen. Die beendeten 2566 Streiks hatten 10 640 Betriebe mit 504 800 beschäftigten Personen betroffen. Die höchste Zahl der gleichzeitig Streikenden betrug 217 809. Von den Streikenden waren 42 190 kontraktbrüchig.

Die Forderungen der Streikenden waren, in Fällen: Aufrechterhaltung der bisherigen Löhne 129, Erhöhung der Löhne 1758, Bezahlung von Überstunden 281, Entlohnung von Nebenarbeit 115, sonstige Lohnforderungen 271, Aufrechterhaltung der bisherigen Arbeitszeit 22, Verkürzung der selben 657, Abholzung beginn. Einschränkung der Überstundenarbeit 22, früherer Arbeitsabschluß an Sonnabenden 98, Richterführung von Überstunden 3, Bestimmungen über die Regelung der Arbeitszeit 11, sonstige Forderungen 94. In einer erheblich größeren Zahl von Fällen mußten demnach die Arbeiter zur Waffe des Streiks greifen, um eine Verschlechterung der bisherigen Verhältnisse abzuwehren. Das Ergebnis der Streiks war in 688 Fällen Erhöhung der Löhne, in 21 Fällen Verkürzung der Arbeitszeit, in 290 Fällen beides zusammen; 883 Streiks endeten ohne Erfolg. Die Beendigung des Streiks wurde in 980 Fällen durch Verhandlungen zwischen den Parteien, in 90 Fällen durch Vermittlung von Berufsvereinen oder dritter Personen herbeigeführt. Die Verhandlungen erfolgten in 1527 Fällen auf Antrag der Arbeiter, in 983 Fällen auf Antrag der Unternehmer.

Von 282 beendeten Ausperrungen waren 1033 Betriebe mit 200 598 Beschäftigten, darunter 44 054 noch nicht 21 Jahre alte Personen betroffen. Die höchste Zahl der gleichzeitig Ausgperrten betrug 138 884. Mit den Ausperrungen machten sich die Unternehmer 650 Personen gegenüber vertragsschädig. Neben 12 negativen Resultaten der Ausperrungen werden angegeben: 73 volle und 14 teilweise Erfolge. Die Beendigung erfolgte in 100 Fällen durch Verhandlungen zwischen den Parteien, in 19 Fällen durch solche vor dem Gerichtsgericht und in 102 Fällen unter Vermittlung von Berufsvereinen oder direkten Personen. Die Antragsteller waren in 141 Fällen Arbeiter, in 78 Fällen Unternehmer. 125 Ausperrungen waren auf Veranlassung oder Mitwirkung dritter Personen oder von Berufsvereinen erfolgt, in 18 Fällen „insbesondere“ durch Herausgabe von Geldbeträgen. Den Ausperrungen entsprangen 149 polizeiliche Eingriffe und 46 staatsanwaltschaftliche Aktionen.

Die Statistik wäre außerordentlich bereichert worden, wenn sie erkennen ließe, daß bei den Eingriffen der Staatsmacht das Kapital stets begünstigt, die Arbeiterschaft immer benachteiligt worden ist.

Eine sinnige Bildung. In Celle starb dieser Tage der Sohn eines Arbeitwolligen auf der Farbenfabrik von Hoffmann, wo die Arbeiter augenblicklich einen zähen Kampf um befeindete Forderungen führten. Unter anderen Kranzgedanken bemerkte man auch einen Kranz, den eine Anzahl Streikbrecher von Hamburg geschnitten hatte und dessen Schleife die Aufschrift trug: Von den Arbeitwolligen aus Hamburg. Die Hindegardie kann, wie man sieht, auch plausibel sein.

### Ausland.

Ein amtlicher Aufruf an die Arbeiter in den Lena-Goldgruben.

Senator Manuchin ließ in sämtlichen Bergwerken der Lena-Goldgruben unter die Arbeiter einen Aufruf verteilen, in dem er die Arbeiter aufforderte, ihm bei der Erfüllung der ihm vom Kaiser übertragenen Aufgabe, die Ursachen des Streiks in den Lena-Goldgruben klarzustellen, zu helfen, damit er dem Kaiser über den wahren Stand der Dinge hinsichtlich der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter Bericht erstatte könne. Dazu müsse er bei ihrer täglichen Arbeit beobachten, da er nicht nur auf Grund schriftlicher Berichte und Aussagen anderer Persönlichkeiten urteilen könne. Am Schlusse des Aufrufs heißt es, daß Senator Manuchin in wenigen Tagen in den Bergwerken eintreffen, eine Konferenz mit den Arbeiterdelegierten festlegen und die Gesuche einzelner Persönlichkeiten entgegennehmen werde.

#### Vom Streik der Seeleute in französischen Häfen.

Über den Streik liegen Nachrichten vor, die zeigen, daß er in manchen Häfen noch sehr lebhaft im Gange ist. In Marseille wurde eine Abstimmung über den Generalstreik vorgenommen. Die Seeleute und Dockarbeiter traten mit großer Mehrheit für den Generalstreik ein. In Bordeaux beschlossen die Arbeiter, einen 24stündigen Demonstrationstreik zu inszenieren. In Toulon und Dunkerque steht die allgemeine Niederlegung der Arbeit in Kürze bevor. In Brest ist der Streik der Seeleute wirkungslos geblieben, weil zahlreiche Arbeitswillige eingestellt worden sind, so daß der Verkehr aufrecht erhalten werden kann. Dagegen ist in Saint Malo und Brest der Seemannstreik bereits vollkommen beendet, da hier den freikreisenden Seeleuten alle Forderungen plausibel gewirkt worden sind, worauf sie die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Die Volaille Syndicale, das Blatt des revolutionären Allgemeinen Arbeiterverbands, meldet aus Havre, daß der Befehl zu einem nationalen Aufstand in allen französischen Häfen ergangen sei. Die Arbeit soll am Mittwoch früh eingestellt werden. Von diesem Augenblick an werden die Matrosen die Schiffe verlassen und sich nach ihren gewöhnlichen Wohnorten begeben, wo sie besondere Weisungen erhalten werden. Auch an die Dockarbeiter ist dieselbe Aufforderung zum Streik ergangen. In dieser Meldung wird aus Havre berichtet, daß dort eine Anweisung zum Aufstand bis Dienstag abend nicht eingetroffen ist.

### Letzte Nachrichten u. Depeschen.

Gotha, 10. Juni. Bei den heutigen Landtagsabgeordnetenwahlen wurden, wie nach dem Ergebnis der Wahlmännerwahlen vorauszusehen war, 9 Sozialdemokraten, 6 Agrarier und 4 Liberale gewählt.

Augsburg, 10. Juni. Die Augsburger Postzeitung erhielt von der päpstlichen Nuntiatur folgende Kundgebung zur Veröffentlichung: Da die verbreitliche und schändliche Polemik bezüglich der Arbeitorganisationen in Deutschland fortduert, ist es der lebhafte Wunsch des heiligen Vaters, daß beide Teile jede Erörterung, insbesondere in der Presse, einstellen und es dem heiligen Stuhl überlassen, diese wichtige Frage im Einverständnis mit den Bischöfen zu prüfen und die angemessenen Verhältnismäßigkeiten zu geben. Der heilige Vater heißt das volle Vertrauen in die Ergebnisse seiner Söhne in Deutschland, daß sie diesem seinem Wunsche nachkommen.

Budapest, 10. Juni. Soeben wurde der ungarische Reichstag wieder eröffnet. Es begann die zweite Session. Die Sitzung ist eine formelle. Es wurden Präsident und Schriftführer gewählt. An der Wahl nehmen die oppositionellen Parteien trotz Aufruf der Regierung nicht teil. Die Opposition will damit das Parlament zu einem Kumpfparlament machen. Das Parlamentsgebäude ist wieder von einem dichten Kordon von Militär und Polizei umgeben. Die ausgeschlossenen oppositionellen Abgeordneten, die nicht ins Haus gelassen werden, halten draußen ihre Reden. Die Regierung beabsichtigt, dem Parlament mehrere Vorlagen zu machen, darunter eine für Errichtung von Arbeiter-Sanatorien. Den Arbeiter-Sanitären sollen aus Staatsmitteln 1/2 Millionen Kronen für solche Sanatorien zur Verfügung gestellt werden. Der Ministerpräsident hat die Regierungspartei aufgefordert, die Vorlage möglichst schnell zu erledigen, damit die Abgeordneten als bald in die Provinzen zurückkehren und die Wähler aufklären und beruhigen könnten. Die Regierung versucht mit diesen Maßnahmen das Ziel, die Arbeiterschaft vom Kampf um die Wahlreform abzubringen. Sie wird dies Ziel indes ebensoviel durch ihre Millionen wie durch Gewalt erreichen. Der Regierungsrat entspricht es auch, daß der Staatsanwalt in Budapest die Anklage auf Aufruhr gegen die bei den Straßenkämpfen in Budapest Verhafteten fallen läßt und nur gegen 143 Angeklagte wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt vorgeht. Am Sonntag werden von den oppositionellen Abgeordneten wieder 60 Versammlungen veranstaltet, von denen aber wieder viele verboten werden dürften.

Paris, 10. Juni. Der Neujahrskalender schreibt heute über die gestrige Niederlage Roosevelt bei der Wahl des Vorsitzenden für den Nationalkonvent: "Der Sieg Roots ist größer, als es zuerst den Anschein hatte, denn es zeigt sich, daß er die Anhänger Roosevelts, Senator Cummins und teilweise Lofotes geschlagen hat. Die Anhänger Roosevelts haben Mac Govern auf den Schild erhoben und den Senator Bora fallen gelassen, der zuerst austraten war, weil sie hofften, daß auf diese Weise die Deputierten des Staates Wisconsin mit ihnen gehen würden. In der letzten Minute aber, als die Anhänger Lofotes sahen, daß die Wahl Roots unvermeidlich war, verloren sie den Kopf und zerstörten sich. Dennoch ist die Situation für Root kritisch; sollte er jedoch seine Kräfte wie bis heute zusammenhalten können, so ist seine Wahl gewiss. Der Roosevelt-Kandidat äußerte sich über seine Niederlage in der letzten Nacht dahin, daß er geschlagen worden sei, weil unbegreiflicherweise viele seiner Anhänger für Root gestimmt hätten."

London, 10. Juni. Das Geschworenengericht der Grafschaft Hampshire hat einen Eisenbahner zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte einen Artikel des von Tom Mann herausgegebenen The Syndicate, der die Soldaten auffordert, nicht auf Streikende zu schießen, neu drucken lassen und während des Kohlenstreiks unter die Truppen von Aldershot verteilt. Der Angeklagte wehrte sich, eine Verpflichtung einzugehen, das Vergehen nicht zu wiederholen.

Berantwortlich für den rebuktionalen Teil:  
Hermann Steibmann in Leipzig.  
Friedrich Piller in Borsdorf-Leipzig.  
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.  
Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Man geniesst ungestörter die Annehmlichkeiten einer Erholungsreise, wenn man seine Wohnung bewachen lässt.

Fernsprecher 2431 und 2421

Spezial-Tarif für Reise-Abo-nements.

Wach- und Schliessgesellschaft m. b. H., Leipzig.

## Sozialdemokrat. Verein 13 Kreis

Vereinshalender

Ost-Bezirk. Donnerstag, den 20. Juni, abends 1/2 Uhr, Besprechung sämtlicher Partei-Funktionäre im Thüringer Hof, Volkmardorf, Elisabethstr. [13401] Der Bezirksvertreter.

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleußig

Donnerstag, 20. Juni, abends 1/2 Uhr, Frauenleseabend in den zwei Linden. [13429] D. B.

## Deutscher Bauarbeiter-Verband Zweigverein Leipzig.

Funktionäre, Vorsitzender, Kollaboratoren u. Arbeitslosenzähler. Donnerstag, den 20. Juni, abends 8 Uhr, Sitzung im Volkshaus (Gesellschaftssaal). Die Tagesordnung wird in der Sitzung bekannt gegeben. Die Wichtigkeit derselben erfordert es aber, daß die Kollegen pünktlich und vollzählig erscheinen. [13403] Der Vorstand.

## Metallarbeiter

Berband

Bureau Volkshaus steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der Bureauzeit entliehen werden

### General-Versammlung

Mittwoch, den 17. Juli, im Volkshaus.

### Werkzeugmacher.

[13404] Freitag, 21. Juni, Vertrauensmänner-Sitzung im Volkshaus, Zeitzer Straße.

Klempner. Freitag, den 21. Juni, abends 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus. [13450]

### Gürtler, Gelbgießer und Armaturenschlosser.

Sonnabend, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus. 1. Vortrag des Genossen Schöning. 2. Berufsanlegerungen. Die Brandenkommission.

### Mechaniker, Elektromonture und verwandte Berufe.

Sonnabend, den 22. Juni 1912, abends 1/2 Uhr, Öffentliche Versammlung im Gesellschaftssaal des Volkshauses, Zeitzer Str. 32. Tagesordnung: 1. Vortrag: Die verschiedenen Formen des wirtschaftlichen Kampfes. Referent: Karl Probst. 2. Verschiedenes. [13404]

### Bezirk Norden.

Sonnabend, den 22. Juni,

**Groß-Sommerfest** im Neuen Gasthof, Gohlis. Gr. Sommernachtsball, Überraschungen, Rutschbahn, Preisregeln, Kinder spiele und Belustigungen. — Einlass 4 Uhr. Programme im Vorverkauf 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. [13406]

### Vorzugsbillette

zu der Elektrotechnischen Ausstellung sind im Bureau zum Preise von 30 Pf. zu haben. [13406]

### Metall- u. Fabrikarbeiter!

Wer sich einen guten Nebenverdienst durch d. Ver-

treitenden Hände-Reinigungsmittel „Radital“

welches in keiner Fabrik oder Werkstatt fehlen dürfte, schaffen will, wende sich sofort an

Arno Claus, O.-Anger, Schirmerstr. 19, part.

Polit. u. gewerksch. organisiert: Probe u. Prof. frei.

## Gaugenossenschaft L. Lindenau

E. G. m. b. H.

Als Ergänzung unserer Bilanzveröffentlichung vom 12. April 1912 in der Leipziger Volkszeitung legen wir hing: [13420]

Das Geschäftsguthaben der Mitgl. vermehrte sich um 3500 M.

Die Haftsumme 3500 M.

Letztere betrug am 31. Dezember 1911 . . . . . 32850 M.

Der Aufsichtsrat. Der Vorstand.

Otto Schmidt. Alois Cyrus. Paul Dietrich.

Unsere verehrten Mitglieder machen wir hierbei nochmals auf die Generalversammlung am Donnerstag, den 27. Juni 1912, aufmerksam.

## Vereinig. zur Fürsorge für kranke Arbeiter

Einladung zur

### Mitglieder-Versammlung

für Donnerstag, 27. Juni, abends 8 Uhr, im Hotel Sachsenhof, Leipzig, Johannisplatz 1/2.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbücher. 2. Kassenbericht. 3. Wahl von Vorstandsmitgliedern. 4. Wahl von Nachwahlpfletern. 5. Berater über die Fürsorge für gebrechliche Kinder. 6. Berater über die Fürsorge für frische und invalide Kriegsveteranen. 7. Verschiedenes.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Bureau im Volkshaus, Zeitzer Str. 32, II., 2.1 u. 2.2. Arbeitnehmerkasse täglich von 1/2 - 1/2 Uhr vorne.

**Modell- u. Fabrikarbeiter** Freitag, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Branchenversammlung im Volkshaus, Zeitzer Straße 32. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Das Koalitionsrecht. Referent: Genosse Ploog. 2. Branchenangelegenheiten. Zahlstelle Leipzig

Die Sektionsleitung der Modell- und Fabrikarbeiter.

**Bürstenmacher und Borstenzurichter**

Sonnabend, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus, Zeitzer Straße 32, Saalgebäude, Zimmer Nr. 2. Tagesordnung:

1. Ist ein engerer Zusammenschluß der Bürstenmacher und Borstenzurichter notwendig? Referent: Kollege O. Gleitsmann. 2. Die Verhältnisse in den einzelnen Werkstätten.

Das pünktliche Erscheinen aller Branchenkollegen erwartet.

Der Vertrauensmann und die Verwaltung des Holzarbeiterverbandes.

**Elektrotechnische Ausstellung** Sonnabend, den 22. Juni, abends 8 Uhr, im Vortragssaal der Ausstellung Experimentalvortrag des Herrn

Jugendingenieur Mühlert. Der Elektromotor in gewerblichen Nutzen. Vorzugskarten zur Ausstellung à 30 Pf. sowie für den Vortrag à 10 Pf. sind im Verbandsbüro zu haben. [13410]

Allzeitigen Zuspruch erwartet.

Die Lokalverwaltung.

„Si, mein Glück zum!“

hat schon Mancher gesagt, der sein Schuhwerk mit

**Kavalier**

puhen ließ. „Kavalier“ ist das beste Schuhputzmittel der Welt!



Motto: Vater, Müller selbst die Hände haben gern in „Dannemanns Wanne“.

### Dannemann's silberverzinnte Wannen

Wanne mit Füssen

erleben und bieten mehr als ein teures Badeglimmer.

Wollenbad mit nur 2 Eimer Wasser

Wollenbad mit nur 2 Eimer

**Politische Uebersicht.****Ausblick auf die amerikanischen Herbstwahlen.**

Aus New York schreibt man uns unter dem 10. Juni: Wenn diese Zeilen den Leser erreichen, wird der Nomination-Konvent der republikanischen Partei zu Chicago eröffnet worden sein, und in Baltimore wird man sich am Vorabend der Eröffnung des gleichen großen Spektakels der demokratischen Partei befinden. Den größten Spalt im ganz vulgären Sinne des Wortes wird es ohne Frage in der historischen Konventshalle zu Chicago geben, wo Präsident Roosevelt vor vier Jahren so leichtes Spiel hatte, als er seiner Partei und damit der Nation seinen Mann, William Howard Taft, aufzwang und wo derselbe Roosevelt jetzt seine Rauhreiter-Scharen auf den alten Freund loslässt, um sich an seiner Stelle wieder in den Sattel zu schwingen. Die erste amerikanische Sensation des Roosevelt-Taft-Duells hält das ganze wahnsinnige Amerika in atemloser Spannung, fast ebenso wie eine Preisboxerei zwischen Jeffries und Johnson oder wie ein „Kontakt“ zwischen zwei Baseball-Teams. Ob aber die Chikagoer Geschehnisse wirklich für die politischen Geschichte des Landes in den nächsten vier Jahren maßgebend sein werden, ist eine andere Frage, da die Zerschaffheit und die Reihe der unsicheren Faktoren, die diesmal mitspielen werden, größer sind, als je vorher. Der demokratische Sieg bei den Kongresswahlen im Jahre 1910 und der Sturz so mancher republikanischen Hochburg bei den gleichzeitigen einzelstaatlichen Wahlen lassen eher ein „demokratisches Jahr“ erwarten, zumal der zerstürrende Familienzustand und der Roosevelt-Kratz im republikanischen Hause die Chancen der sogenannten Demokraten noch verbessern. Die vorherrschende Empfindung ist aber, daß im Falle der Nominierung Roosevelts durch die Republikaner auch der Sieg im Herbst dem Rauhreiteroberst gehören wird. Zum erstenmal in der politischen Geschichte Amerikas wird ein beträchtliches Element der Delegierten auf den Nominationskonventen sein Mandat direkten Volkswahlen — den sogenannten Primaries oder Vorwahlen — verbannt, und in fast allen Staaten, in denen die republikanischen Partymacher durch Urabstimmung instruiert wurden, zeigte sich, daß die Popularität Theodore Roosevelts noch ungebrochen ist. Sogar die politisch so wichtigen und der Taft-Administration bisher als sicher geltenden Staaten Pennsylvania und Ohio fielen, trotz der bisher dort allmächtigen republikanischen „Parteimaschine“, von Taft ab und erklärten sich für Roosevelt, der den unausgeklärten Massen als die Verkörperung jener radikalen und auf weitere Demokratisierung Amerikas gerichteten Strömung gilt, auf die auch die Ausbreitung des Vorwahlsystems zurückzuführen ist. Und es kann den Roosevelt-Managern zugegeben werden, daß eine übermäßige Kandidatur ihres Idols, selbst wenn die Administration und das konservative Parteielement sich offen gegen sie wenden würden, auch einen mehr oder weniger großen Teil der demokratischen Wähler ins republikanische Lager hinüberziehen würde. Darüber gab schon die Aufnahme Roosevelts gelegentlich seiner Agitationsreisen im altdemokratischen Süden Auskunft. Die demokratische Partei, in deren Schoße es zurzeit trotz eines auch nicht allzu knappen Wettkampfs von Möchte-gern-Kandidaten vergleichsweise ruhig hergeht, muß denn auch auf die Roosevelt-Fährte, die einzige, die sie zu führen hat, die größte Rücksicht nehmen und darf es keinesfalls wagen, wieder einen Reaktionär wie Parker aufzustellen. Dessen Nominierung hatte im Jahre 1904 die schlimmste, jemals erlebte Niederlage der Demokraten zur Folge, von deren Wählern sich damals mindestens eine Million der Abstimmung enthielt, während die republikanischen Stimmen zunahmen und das sozialistische Votum sich verdreifachte. Der dritten Nominierung des populären demokratischen Führers Bryan — dem eigentlich Roosevelt seinen politischen Donnerkeil gestohlen hat — stehen seine Niederlagen von 1896 und 1900 im Wege, und außerdem natürlich die Konservativen seiner Partei, die schon 1904, als eine Bryan-Kandidatur auf Grund einer fortschrittlichen „Plattform“ sehr aussichtsvoll gewesen wäre, seine Nominierung hintertrieben haben. Bryan scheint auch diesmal nicht gewillt, zu „laufen“, wie der charakteristische amerikanische Ausdruck lautet, aber sein Einfluss hat es vermocht, wenigstens den burokratisch-honetten Reaktionär Harriman, den Gouverneur von Ohio, der bis vor kurzem noch der unangefochte demo-kristliche Thronwärter schien, vollkommen schachmatt zu setzen. Die einzigen ernstlichen Rivalen werden auf dem Konvent zu Baltimore der politisch ziemlich farblose, aber von dem vielfachen Zeugnissbesitzer und Multimillionär Hearst, dem „gelben“ Erdemagog, protegierte Champ Clark und Woodrow Wilson sein — der eine der Präsident des Abgeordnetenhauses in Washington, der weiteren Kreisen erst durch seine Annexionspause gegen Kanada bekannt geworden ist, der andre der Gouverneur von New Jersey und vormalige Präsident der Princeton-Universität, der sich während seiner Kampagne von einem stokreaktionären Einwandererhasser und Arbeitseind zu einem Mann nach dem Herzen Bryans gewandelt hat und jetzt den Moses des Radikalismus spielt. Im Gegensatz zu dem republikanischen Konvent, wo einsame Mehrheit entscheidet, nominieren die Demokraten in Baltimore ihren Führer durch Zweidrittelmehrheit, die wahrscheinlich Champ Clark noch Wilson erklommen wird. Die Möglichkeit besteht, daß in diesem Falle Major Gannor, ein politischer Freund Bryans und Wilsons und Bürgermeister von New York, der Kompromitkandidat der Konvention sein wird.

Ist so die Lage schon außerordentlich kompliziert, so werden diesmal Prophetezeiungen über den Ausgang der Wahlen selbst noch durch die „dritte Partei“, die Sozialisten, erhöht. Unsre Parteigenossen haben, wie man weiß, in Indianapolis Debs und Seidel, den einen für die Präsidentschaft, den andern für das Amt des Vizepräsidenten, nominiert, und wenn auch ein sozialistischer Sieg leider noch unwahrscheinlich ist, so erwarten doch selbst unsre Freunde, daß die Sozialisten im Herbst eine Stärke entfalten werden, die vielleicht die schönsten bürgerlichen Kalkulationen über den Haufen wirft.

Chicago, 18. Juni. Der republikanische Nationalkonvent wurde heute eröffnet. Gouverneur Hadley-Missouri beantragte nach der Eröffnung, die vom Nationalkomitee vorbereitete Liste zu ändern, da 80 Delegierte Taft unehrenhaft gewählt hätten. Wenn der Konvent von einer Gruppe von Leuten kontrolliert werden könnte, fuhr Redner fort, dann haben wir nicht eine Herrschaft der politischen Parteien, sondern eine politische Oligarchie. Der Antrag rief eine heftige Debatte hervor, die von Lärm, Rufen und Zwischenrufen unterbrochen wurde. Der Vorsitzende des Nationalkomitees, Gouverneur, erklärte, der Antrag sollte außerhalb der Tagesordnung, da der Konvent noch nicht organisiert sei. Er nominierte Elihu Root zum vorläufigen Vorsitzenden. Die Anhänger Roosevelts nominierten dagegen den Gouverneur Mac Govern. Es folgten darauf große Lärmzonen. Nachdem eine große Zahl von Delegierten die Wahl Roots oder Goversns unterstützt hatten, wurde Root mit 558 Stimmen zum temporären Vorsitzenden des Nationalkonvents gewählt. Gouverneur hatte 502 Stimmen erhalten.

**Deutsches Reich.****Kein Stillstand im Rüsten!**

Der Wehrverein ist eifrig an der Arbeit, das deutsche Volk auf eine neue Wehrvorlage vorzubereiten. Wie sein Organ, die Nachrichten des Deutschen Wehrvereins, versichert, bestehen die besten Aussichten, daß die Regierung alsbald mit neuen Forderungen kommt. Es liegt im Bereich der Möglichkeit, daß noch erhebliche Geldmittel für den Ausbau der Wehrmacht gefordert werden, einerseits, um Ausrüstungsfragen der Armee zu erledigen, andererseits, um dem Kreuzermangel der Flotte abzuholen. Die endgültige Entscheidung für etwaige Maßnahmen werde wohl auf Grund der Erledigung des im Dezember veröffentlichten und nunmehr zur Beratung gelangenden französischen Kadergesetzes und der in England beabsichtigten Erweiterung des Flottenbauprogramms erfolgen.

Dass französische und englische Rüstungen das Signal zu deutschen Militär- und Marinevorlagen sind, ist eine alte Geschichte, die immer wieder neu wird. Aber das Tempo, in dem jetzt das Weittrüsten vor sich geht, übertrifft denn doch alles bisher Gewohnte. Wenn das so weiter geht, so gibt es alle Jahre Heeres- und Flottenverstärkungen hier oder im Ausland.

Das Blatt der Panzerplatten- und Mordwerkzeugfabrikanten, die Rheinisch-Westfälische Zeitung, hat den Plan des Generalstäbels Wehrt, die Erfahrsreserve in vierthalb Monaten zu brauchbaren Infanteristen heranzubilden, aufgegriffen. Sie deutet auch an, daß er des wohlwollenden Verständnisses seiner Vorgesetzten sicher ist. Das ist nur zu wahrscheinlich.

**Wo soll das hinaus?**

Mit diesem Herzschrei schließt die Kölnische Volkszeitung wieder einmal einen Leitartikel zum Gewerkschaftsstreit, dieselbe Kölnische, die noch vor wenigen Tagen höhnisch versicherte, durch den bisherigen Gang der Dinge in dieser Angelegenheit sei die „sozialdemokratische Petersilie“ gründlich verhaftet. Zu all dem übrigen Ärger, der den Badenmiten aus dem Duell Berlin-M.-Gladbach erwachsen ist, muß sich nämlich das führende Organ der Kölner Richtigkeit nun auch noch mit der Germania, dem führenden Organ der Zentrumsfraktion, herumpaulen. Diese hat in den letzten Wochen so eindeutig für „Sitz Berlin“ Stellung genommen, daß ihr Kölnisches Schwesternorgan nicht umhin kann, ihr folgende Zurechtweisung zuteilen zu lassen:

Wenn die Germania am Schlusse ihrer Auslassung Herrn Stegerwald gegenüber sich dagegen verwahrt, daß sie zur Facharbeiterbewegung halte, so erklären wir ihr ein dheraus, daß wir zu den Organen der „Berliner“ rechnen, zu denen freilich von der politischen Presse des Zentrums, außer der Germania, soweit wir sehen, kein einziges Blatt gehört. Ihre „Neutralität“ wird nirgends ernst genommen, weder in der Zentrumspresse noch bei den Gegnern. An sich würden wir es bei den besonderen Verhältnissen der Germania, bei ihren Beziehungen zu „Sitz Berlin“ einerseits, denen andererseits die allerdings sehr viel höher zu wertenden Verpflichtungen eines führenden, nicht bloß Berliner Organs gegenüberstehen, wohl begreifen, wenn die Germania in der Gewerkschaftsfrage einer gewissen Zurückhaltung sich befleißigte, aber sie ist von Woche zu Woche deutlicher zur Parteinahe für „Sitz Berlin“ übergegangen und zur Polenist gegen die Führer der christlichen Gewerkschaften. Vor allen Dingen aber sollte die Germania sich hätte, anderen Blättern, die gar keine Ursache haben, „Sitz Berlin“ anders zu behandeln, als er es verdient. Zentrum zu erteilen und ihnen ihre eigene genannte Neutralität als Muster vorzuzeigen. Für uns kann von „Neutralität“ hier, in einer Frage von der allergrößten Tragweite für die deutschen Katholiken, für ihre kirchlichen wie nationalen Interessen überhaupt keine Rede sein, am wenigsten da, wo die Abwehr empörender Verdächtigung geradezu stille Pflicht und Gebot des katholischen Christentums geworden ist.

Auch sonst geht im ultramontanen Lager jetzt alles drunter und drüber. Die Kampfeshitze hat sich soweit gesteigert, daß die Organe der Badenmiten bereits ganz offen der Autorität des Papstes und den Dogmen der katholischen Kirche zuleibe gehen. So spricht beispielweise die Essener Volkszeitung dem Heiligen Vater in Rom schlechtweg die Unfehlbarkeit ab, wenigstens soweit seine „persönlichen privaten Ansichten“ in Frage kommen. Und sein Urteil über die christlichen Gewerkschaften ist natürlich eine solche Privatansicht, die demnach als ein „verhängnisvolles Fehlurteil“ charakterisiert wird. In demselben Gedanken-gange bewegt sich auch die Zuschrift eines Mitarbeiters des Volksvereins für das katholische Deutschland, „der mit den Volksvereinsführern in unmittelbaren Beziehungen steht“, an die Rheinisch-Westfälische Zeitung. Darin wird dem Baden miten drohend augerufen:

Man täusche sich in Rom nicht, so leicht wie in Italien, Frankreich und dem kleinen Holland wird es in Deutschland nicht gehen. Wir beanspruchen in politischen und wirtschaftlichen Dingen Freiheit von Rom und auch das Kooperationsrecht mit der andern Konfession. Man kann den christlichen Gewerkschaften nicht, wie man will, ihre Selbständigkeit rauben und die Überzentralisation der Kirche nach romanischem Muster auch auf Deutschland erstreben. Wir wollen das nicht. Treibe man es nicht auf die Spitze, wir haben genug; es ist bereits ganz oben. Dem unfehlbaren Machtgremium der Kirche unterwerfen wir uns bedingungslos. Im Bereich der fehlbaren Gewalt der Kirche folgen wir ihr gern, wenn nicht ganz befriedende Umstände es uns zur Pflicht machen, den Gehorsam zu verweigern. In der Gewerkschaftsfrage bewegt sich der heilige Stuhl in fehlbarem Gebiet.

Diese Ausführungen klingen schon fast wie ein Verzweiflungsschrei. Die Herren in M.-Gladbach wissen eben ganz genau, daß man ihrem Verlangen nach einer ausdrücklichen Desavouierung der Berliner Richtung und einer Vertrauenskundgebung für die christlichen Gewerkschaften in Rom nie und nimmer Rechnung tragen wird. Das würde auf nichts weniger als eine Selbstdesavouierung des Papstes hinauslaufen, und um das zu erzwingen, reicht nicht einmal die Macht der Berliner Stellen aus, deren Protektion die christlichen Streikbrecherorganisationen zurzeit in so weitgehendem Maße genießen.

**Zentrumsabgeordnete für den gestiegenen Zollwucher.**

In einer Versammlung der nationalliberalen Partei in der Bürgermeisterei Newiges, die am verlorenen Mittwoch stattfand, traten, wie die Kölnische Zeitung berichtet, als Gedenkredner zwei Herren vom Bund der Landwirte, der Wanderredner Breuer und der Generalsekretär Pesch aus Köln auf. Bei dieser Gelegenheit wurden interessante Einzelheiten über das Zusammengehen zwischen Zentrum und Bund der Landwirte bei den letzten Reichstagswahlen ausgeplaudert, nämlich nichts weniger als das, daß sich die Abge. Kochmann in Ottweiler-St. Wendel-Meisenheim und Dr. Bell in Moers-Rees auf das Programm des Bundes der Landwirte verpflichtet haben. Um jeden Zweifel zu vermeiden, stellte der nationalliberale Parteisekretär Dr. Lütte in der Erörterung in Newiges nochmals ausdrücklich die Frage, ob die Herren vom Bund der Landwirte das aufrecht erhalten, und ob die beiden Zentrumsabgeordneten sich auf die Forderung des Bundes der Landwirte nach dem ländelosen Zolltarif verpflichtet hätten. Beide Herren vom Bund der Landwirte bestätigten das.

Der „ländelose“ Zolltarif, der von den Landbündlern als Lösung des Tages ausgegeben wird, verlangt bekanntlich die Ausdehnung des insamen Zollwuchers auch auf die wenigen Lebensmittel — gewisse Gemüsearten, Obst, Rahm und Milch —, die bisher noch zollfrei eingeführt werden durften. Man wird mit der Annahme nicht fehl gehen, daß die obengenannten beiden Abgeordneten nicht die einzigen Mitglieder der Zentrumsfraktion sind, die sich auf dieses Wucherprogramm des Bundes der Landwirte verpflichtet haben.

**Ersparnisse.**

Wie eine Beschwichtigung liest sich die Notiz, die unter vorstehender Ueberschrift durch die ganze bürgerliche Presse geht, und nach der bei der Neuordnung der am 1. Juli in Tätigkeit tretenden Überversicherungsbämter wesentliche Ersparnisse durch die Herauslösung der ursprünglich in Ansicht genommenen Zahl von mittleren und auch unteren Beamten erzielt werden soll. Statt der veranschlagten rund 270 Beamten sollen nur etwa zwei Drittel dieser Zahl, jedenfalls aber unter 200, angestellt werden. Es soll nämlich einmal das Arbeitspotenzial der neuen mittleren Beamten erhöht werden, und ferner eine ganze Reihe von Funktionen bei den mittleren Beamten der Überversicherungsbämter in Fortfall kommen, die von den Beamten der bestehenden Schiedsgerichte übernommen werden müssen.

Die neue bürokratische Organisation, die durchaus nicht im Interesse der Versicherten liegt, kostet viel Geld, das besser für die Versicherten verbraucht würde. Ob man hier und da etwas abknappst, das nicht daran nichts. Jurnal sich sehr fragt, ob diese Ersparnisse für die Dauer sein werden.

Berlin, 19. Juni. Nach der Braunschweiger Landeszeitung sind zwischen den Bundesregierungen Verhandlungen eingeleitet worden über eine reichsgefechtliche Einschränkung und Bekämpfung des Zigeunerwesens.

Man wird abwarten müssen, was bei diesen Verhandlungen herauspringt. Mit Polizei-maßregeln ist hier jedenfalls nichts getan, daran hat es auch bisher schon nicht gefehlt.

Im Mai sind in der Reichskasse an Zöllen, Steuern und Gebühren 131½ Millionen Mark eingelommen, das sind drei Millionen weniger als der Monatsdurchschnitt des Etatschlags beträgt. Hauptähnlich ist dieses Extragnis auf die Zölle zurückzuführen, die einen Ausfall von 3,2 Mill. Mark aufweisen. Auch die Brannettweinverbrauchsabgabe hat 1,6 Millionen Mark weniger ergeben, während andere Steuern sich verhältnismäßig günstig entwidelt haben.

**Verbot ausländischen Schulbesuchs.** In Ausführung eines preußischen Ministerialerlasses, der sich gegen den Besuch ausländischer, besonders belgischer Ordensschulen durch deutsche Kinder richtet, gibt der Polizeipräsident zu Aachen folgendes bekannt: Nach einem Erlass des Herrn Ministers der geistlichen und Unterrichsbangelegenheiten ist zur Unterbringung von schulpflichtigen Kindern in ausländischen Erziehungs- oder Unterrichtsanstalten in jedem Falle die Genehmigung der kgl. Regierung erforderlich, und zwar kann die Genehmigung nur in besonderen Ausnahmefällen erteilt werden.

In einer Verfügung der Düsseldorfer Regierung wird gesagt, daß das bisher im Regel übliche milde Verfahren ein Ende nehme. Die Genehmigung sei nur in Ausnahmefällen und nur dann zu erteilen, wenn nach genauer Prüfung angenommen werden müsse, daß sie in besonderen wirtschaftlichen oder Familienverhältnissen ihre ausreichende Begleichung finde.

Das Zentrum wird schreien. Denn die mangelhaften Klosterschulen des Auslandes sind gerade gut genug, um „gute Katholiken“ heranzubilden.

**Patriotische Pleite.** Am 12. Juli soll der Kaiser-Wilhelm-Schichplatz bei Köln zwangsversteigert werden. Bei der Gründung des Unternehmens und bei der Einweihung, an der sich die höchsten Spitäler der städtischen, staatlichen und militärischen Verhördien beteiligten, war sehr viel von „vaterländischen“ Momenten und Gefühlen die Rede. Wie sie jetzt herausstellt, haben die Gründer sowieso gar kein Geld in das Unternehmen hineingeschossen und niemals die Absicht gehabt, Opfer zu bringen. Die Mehrzahl der Vorstandsmitglieder hat nicht einmal Anteile gehabt, auch der Kassierer (!), ein Mitinhaber der Millionenfirma Gebr. Stollwerck, nicht! Erworben hat man das Gelände mit dem Geld einer kleinen Sparkasse im Westerwald, die dem Unternehmen mit dem pomposen Namen „Kaiser-Wilhelm-Schichplatz“ in patriotischer Bezeichnung 100 000 M. als 1. Hypothek gegeben hat. Und gebaut wurde auf Kredit. Zahlreiche kleine Unternehmer und Handwerker haben insgesamt noch 100 000 M. für ihre Arbeit zu bekommen. Sie vertrauten auf die hochmögenden Herren an der Spitze und darauf, daß hohe militärische Beschlüsse im Ehren-

ausschuss losen. Nachträglich hat die Regierung die Verwendung des Namens Kaiser Wilhelm in der Firma des bankrotten Unternehmens verboten.

Alte politische Nachrichten. Die neugebildete Freie Vereinigung hessischer Nationalisten will für den Wormser Reichstagswahlkreis als Gegengewicht zur Wormser Zeitung (deutscher Richtung) ein Organ gründen. — Der Brigadausschuss der französischen Kammer hat das Gesetz über die Infanteriefabriken angenommen, das eine einmalige Ausgabe von drei Millionen und eine ständige Ausgabe von 14 Millionen jährlich verurteilt wird. — Von gut unterrichteter Seite wird aus Paris gemeldet: In der heute wegen der chinesischen Anteile stattgehabten Konferenz der Vertreter der interessierten Banken einigte man sich auf eine Verteilungsformel, die den Regelungen der an der Anteile beteiligten Mächte unterdrückt werden wird. — In Zürich kam es auf der Straße zu einem Zusammenstoß zwischen Offizieren und „Antimilitärischen“, in dessen Verlauf vier der Letzteren verhaftet wurden. — Die Montagsitzung des englischen Unterhauses endete erst spät nachts mit der Abstimmung der ersten Lesung der Wahlrechtsbill mit 274 gegen nur 50 Stimmen. — Dünne vereinigte Schahwaffenmeistern haben beschlossen, die Russen aufs äußerste zu bekämpfen und sich im Falle einer ungünstigen Wendung des Kampfes an die Türken um Schutz zu wenden. Die Schahwaffenveräußerer gegenwärtig ihr Eigentum, um in den Feldzügen ungehindert zu sein.

## Österreich-Ungarn.

### Ministerkrisse.

Die Polizeihaltung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Baron Heinold, der kürzlich schon durch die brüskste Art, mit der er von den Parteien die Durchsetzung der Wehrvorlagen forderte, Mißstimmung erregte, hatte jetzt zu einer Ministerkrisse geführt. Heinold hatte die Führer der Rethen an sich kommen lassen und ihnen ein Schriftstück verlesen, worin es hieß: „Der Kaiser, den die anfängliche Stellungnahme der Rethen zur Wehrvorlage lebhaft befremdet hat, hat mit besonderer Beleidigung wahrgenommen, daß der ukrainische Verband zur rechten Zeit eingelenkt und sich für eine besonnene und dem Ernst der in Frage stehenden Angelegenheit tragende taktische Haltung entschieden hat. Der Kaiser erwartet mit Bestimmtheit von der bewährten patriotischen Haltung und der Kaiserfreude des ruthenischen Volkes, daß dessen Vertreter in dieser ihrer obigen, den Wehrvorlagen gegenüber eingenommenen Haltung folgerichtig auch bekehren werden.“ Die Rethen haben darauf beschlossen, die Obstruktion einzustellen und für die Wehrvorlagen in zweiter und dritter Lesung zu stimmen. Dieses Vorgehen des Ministers hat aber wieder bei den Polen verschupft, die wissen, daß die „patriotische Haltung“ der Rethen nicht ohne Konsequenzen zu haben ist und davon eine Bezeichnung ihrer Interessen bestreiten. Sie inszenierten deshalb eine große Entrüstungsdemonstration, die auch nicht dadurch beigelegt wurde, daß der Kaiser ihnen ausdrücklich ihren „bewährten Patriotismus“ bestätigte. Sie veranlaßten einen der ihrigen, den Minister für Galizien Dr. Luzzo, seine Demission einzureichen, und beschlossen weiter, daß, falls Baron Heinold dem Polenklub nicht volle Satisfaktion geben sollte, die nur in der Demission des Ministers zu erkennen sei, der Klub sich veranlaßt sehen müsse, seine Vertrauensmänner aus dem Ministerrat abzuberufen. Da die Regierung auf die Unterstützung des Polenklubs bei der Durchsetzung der Wehrvorlagen nicht verzichten kann, blieb dem Herrn Heinold schließlich nichts weiter übrig, als seine Demission zu geben.

### Die Durchsetzung der Wehrvorlagen.

Wien, 18. Juni. Gegen Schluss der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses schlug der Präsident vor, die nächste Sitzung auf Mittwoch mit der Tagesordnung Wehrvorlagen, Budgetprovisorium anzuberaumen. Ein Antrag der Sozialdemokraten, daß Budgetprovisorium vor den Wehrvorlagen zu verhandeln, wurde in einemstimmiger Abstimmung mit 211 gegen 150 Stimmen abgelehnt.

### Die Opposition vor der Tür.

Budapest, 18. Juni. Die ausgeschlossenen oppositionellen Abgeordneten erschienen heute unter Führung der Abgeordneten Graf Apponyi und v. Justh beim Militärkordon, der das Abgeordnetenhaus umgibt. Als die ausgeschlossenen zurückgewiesen wurden, erklärten auch die nicht ausgeschlossenen Oppositionellen, sie wollten von ihrem Recht, im Abgeordnetenhaus zu erscheinen, keinen Gebrauch machen, und zogen sich unter lebhaften Protesten v. Jusths geschlossen zurück. — Die erste Session wurde durch ein königliches Reskript geschlossen. Die zweite Session wird morgen eröffnet.

## Frankreich.

Die Treibereien der Nobilaten gegen die Wahlreform abgewiesen. Paris, 18. Juni. Der heute im Elysée tagende Ministerrat hat beschlossen, daß Ministerpräsident Poincaré Einspruch gegen den Wahlrechtsentwurf des Abgeordneten Augagneur erheben und das Vertrauendvotum stellen soll. Das ist dann im Plenum der Deputiertenkammer geschehen. Poincaré beantragte Ablehnung des Antrags Augagneur und stellte die Vertrauensfrage. Der Antrag Augagneur auf Überweisung an eine Kommission wurde unter dem Stichwort der Kammer mit 348 gegen 107 Stimmen abgelehnt. Augagneur zog darauf den Gesetzentwurf zurück. Die Sitzung wurde geschlossen. — Nach der Sitzung traten die Minister zu einer Beratung zusammen, in der sie feststellten, daß die Regierung in der Abstimmung die republikanische Mehrheit für sich hatte.

### Ein Reis trifft den andern.

Paris, 18. Juni. In der heutigen Vormittagssitzung wurde in der Deputiertenkammer das Kriegsbudget beraten. Eine Anzahl Abgeordneter lehnte die Aufmerksamkeit des Kriegsministers auf die deutschen Wehrvorlagen und sprach im Anschluß daran für verschiedene Verbesserungen in der Bewaffnung und in der Mobilisierung der französischen Armee, um diese, die an Zahl der deutschen unterlegen sei, stärker auszubauen. Die Redner traten besonders für die Selsblader der Infanterie ein und für eine dreijährige Dienstzeit bei der Kavallerie und bei den reitenden Artillerie. An seiner Antwort erinnerte Kriegsminister Millerand zunächst an die Rede Poincarés, der erklärt habe, es sei kein Grund vorhanden, wegen der Aufrechterhaltung des Friedens Beschränkungen zu legen. Wie sicher die Weltlage aber auch sei, das Ziel des Kriegsministers müsse immer die Vorbereitung zum Kriege und die Bereithaltung der Armee für alle Eventualitäten sein. Man müsse anerkennen, daß die in Deutschland angenommenen Wehrvorlagen die größte Anstrengung darstellen, die seit langer Zeit gefordert worden sei; durch sie werde nicht bloß der Effektivbestand der deutschen Truppen, sondern auch die Organisation des Kommandos verstärkt. Weiter erklärte Millerand, es sei unmöglich, in die Grenzgarisonen lauter ausgebildete Leute zu schicken. Ein Wiederaufbau der dreijährigen Dienstzeit für Kavallerie und für die Artillerie zu Pferde hielt er nicht für nötig, man müsse diese Waffen nur an Zahl verstärken. Am übrigen sei die Länge der Dienstzeit eine Frage der Kredite. Millerand fuhr fort, es sei notwendig, die schwarzen Truppen ruhbar zu machen, er werde in Übereinstimmung mit seinem Kollegen vom Kolonialministerium von 1913 an eine mögliche Aushebung von kolonialen Kontingenten in Vorschlag bringen, aus der Frankreich einen beträchtlichen Aufschwung an Kräften und eine kostbare Hilfe ziehen werde. Eine bescheidene Erhöhung des Landstruppenkontingents werde die Annahme des Seerekrutierungsgesetzes bringen. Dieses Gesetz werde den jährlichen Anteil der Marine an dem Aushebungskontingent um tausend Mann verringern und der Landarmee 20 000 Mann mehr für die Mobilisierung ausführen, zwei Drittel Reservisten und ein Drittel Landwehr.

Der Minister sprach schließlich über die weiteren Maßnahmen, die er zu treffen gedenke, und erklärte das Abgebot für die wichtigste und dringendste dieser Maßnahmen. Er werde noch vor Ende dieses Jahres eine Verminderung des Marschgepäcks für Fußsoldaten durchführen. Was das Militärlugwesen anlangt, so sei es notwendig, daß Frankreich seinen Vorsprung bewahre, den seine andre Macht ihm streitig mache.

## Großbritannien.

### Um die irische Selbstverwaltung.

London, 18. Juni. Das Unterhaus ist jetzt in die Spezialberatung der Home Rule-Bill eingetreten. Es erörterte in zweitägiger Beratung einen Abänderungsvorschlag, wonach gewisse Teile von Ulster mit überwiegend protestantischer Bevölkerung von dem Sitzungsbereich des Gesetzes ausgeschlossen werden. Während der Debatte, die im allgemeinen ruhig verlief, kam es nur zu ziemlich erregten Zwischenfällen, als fortgesetzt auf den Entschluß der Unionisten von Ulster hingewiesen wurde, sich natürlich mit Waffengewalt der Jurisdiktion zwischen den Parlamenten zu widersetzen. Von Mr. Law erklärte, die Regierung werde es nicht wagen, gegen die Bewohner von Ulster militärische Gewalt anzuwenden, da jede Regierung, die einen solchen Befehl gebe, Gefahren laufen würde, in den Straßen Londons gelangt zu werden. (Lebhafte Widersprüche, Reißfall.) Birrell (liberal) sagte, er erkenne die Schwierigkeit des Ulsterproblems an, aber er beweise, daß die Bevölkerung Ulsters wirklich die Folgen der Home Rule fürchtet, er glaube vielmehr, daß schließlich alle Irlander sich zu gemeinsamer Arbeit am Wohl des Ganzen zusammenfinden würden. — Der Zuschauntrag wurde mit 320 gegen 261 Stimmen abgelehnt.

## Portugal.

### Eine republikanische Verschwörung.

Lissabon, 18. Juni. Einige Blätter veröffentlichten Schriftstücke, aus denen hervorging, daß die Gruppen der republikanischen Verbündeten eine revolutionäre Bewegung geplant haben für den Fall, daß das Kabinett nicht zustande käme. (Das Kabinett ist inzwischen gebildet worden.) Die Bewegung sollte die Schließung des Parlaments herbeiführen und das Werk vom 5. Oktober im Sinne einer demokratischen Republik vollenden.

### Prozeß gegen die monarchistischen Verschwörer.

Lissabon, 18. Juni. Zu derselben Zeit, als Pávao Conceiro von dem Gerichtshof in Porto gestern verurteilt wurde, spielte sich hier der Prozeß gegen ihn und 18 seiner Anhänger ab, die an den monarchistischen Umtrieben in Vinhaes am 5. Oktober vergangenen Jahres teilgenommen haben. Alle Angeklagten wurden in contumaciam verurteilt. Conceiro erhielt 8 Jahre Zuchthaus oder 10 Jahre Zwangsverschließung erster Klasse, seine Anhänger wurden zu 10 Jahren Zuchthaus und nach Verjährung dieser Strafe zu 10 bzw. 20 Jahren Verschließung verurteilt. Ein angeklagter Priester wurde freigesprochen. Conceiro wurde die großen Dienste, die er dem Vaterland als Offizier geleistet hat, als mildernder Umstand angerechnet.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Das Wüten der Schulreaktion.

Auf die Lehrer regnete es in der letzten Zeit förmlich Disziplinarverfahren. Es wird ihnen verübt, daß sie in ihrem Kampfe gegen die Beckische Schulvorlage nicht hübsch unter sich geblieben sind, sondern sich an die Öffentlichkeit und an die Eltern gewandt haben, überhaupt nicht mehr so löschen, wie man es als ihre unentümliche Pflicht betrachtet. Außerdem scheint man auch gegen diejenigen vorgehen zu wollen, die der Lehrerschaft zu Hilfe geeilt sind. Anfang März erschien im Selbstverlag von G. O. Müller in Freiberg ein Flugblatt, betitelt: „Un das sächsische Volk!, das in ziemlich scharfer Weise gegen den Schulgelehrtenwurf mobil zu machen sucht.“ Dieses Flugblatt hat bei den sächsischen Reaktionären schämende Wut hervorgerufen. Das konervative Vaterland und der Freiberger Anzeiger bedachten es mit unflätigem Ergriffen. Sie bezeichneten offen den Verfasser als vorge schworene Person und als wahren Urheber die Freiberger Lehrerschaft. Es war danach einfach einfacher, daß ein simpler Leineweber, wie der Verfasser, die geistigen Qualitäten aufzuweisen soll, um ein solches Flugblatt schreiben zu können. Der Verfasser und ehemalige Weber Müller ist nun, so berichtet unser Dresdner Parteiblatt, schon von einem Kriminalpolizisten aufgegriffen worden, man hat ihn auf das Schulamt zitiert und ein ellanges Protokoll aufgenommen, alles zu dem Zweck, mögliche Beziehungen zu den Lehrern aufzudecken. Bis jetzt ist das gewünschte Resultat allerdings nicht zu verzeichnen gewesen, und so hat man sich denn entschlossen, eine durchgreifende Aktion einzuleiten. Am 13. Juni erschienen in der Wohnung Müllers zwei Männer und begannen in dessen Abwesenheit eine Durchsuchung. Der allein anwesenden Ehemaligen eröffneten sie, daß gegen ihren Mann eine Klage wegen Bekleidung anhängig gemacht worden sei, es solle nun nach dem Manuskript zu dem Flugblatt gesucht werden. Ohne irgendeinen Ausweis über ihre Persönlichkeit oder irgend eine Vollmacht, einen Gerichtsbeschluß oder vergleichende Voraussetzung, stöberten sie in den Papieren herum. Die Ausbeute dieses an Rusland erinnernden Uebersalles waren einige Briefschaften, Zeitungsartikel und Postabschnitte. Das gesuchte Manuskript fand sich aber zum großen Leidwesen nicht.

Herbe Kritik übt ein Schulinspektor in der Pädagogischen Warte an dem Vorgehen der Schulreaktion gegen die Lehrerschaft. Er schreibt u. a.:

Bei einer solchen merkwürdigen Ausschaffung der Rechtsverhältnisse muß irgend etwas faul im Staate Dänemark sein. Könnte man es nicht ebenlogt ein „achtungswürdiges Benehmen“ nennen, wenn Sr. Majestät dem König die Unterzeichnung eines Gesetzes anstrebt, das gegen den die überwältigende Mehrheit des Volkes, vor allem die große Bürgerlichkeit, sich geschlossen wehet? Und wer diese Folgerung nicht ziehen will, wird sich doch zum mindesten zu fragen haben, ob Sachsen noch als konstitutionell regierter Staat gelten soll oder nicht. Gewiß sind die Gesetze da, um gehalten zu werden, und von den Lehrern darf man wohl in erster Linie verlangen, daß sie mit einem guten Beispiel vorangehen. Aber da ist das neue Schulgesetz in Sachen noch nicht, sondern soll erst noch kommen. Und das gefiehlt bestimmt nicht so, daß es von oben herab distiert wird. Erst ist es in verhältnismäßiger Weise zu beraten und zu verabschieden. Wenn die Regierung für notwendig erachtet, den scharfen Gegenfall zum Volke aufrecht zu erhalten, so ist das ganz ihre Sache. Sie verfehlt die Grenzen des Zulässigen aber, wenn sie ganz allein für sich die Autorität des Königs in Anspruch nimmt. Vorläufig schwant das Schicksal der Volksschulreform noch unentschieden zwischen der Partei Hoff und Kunst und von dem König anzunehmen, daß er jetzt schon in diesem Getriebe unterginge, statt über den Parteien zu stehen, ist allerdings ein „achtungswürdiges Benehmen“. Mit der Unterzeichnung des Entwurfs hat er doch dem Volke seine verfassungsmäßigen Rechte nicht absprechen wollen, sondern im Gegenteil zum Ausdruck gebracht, daß die Vorlage nunmehr zur Beratung kommen soll. Die Abgeordneten aber, die sich dieser Erörterungen an lehren und maßgebender Stelle unterziehen, sind dahin gesetzt worden, nicht um persönliche Meinungen, sondern um den Willen des Volkes zu vertreten. Diesen Willen müssen sie natürlich kennen, und das liegt

voraus, daß er zum Ausdruck gebracht wird. Solches zu verhindern, verstößt gegen die Staatsvernunft. Nun gehören aber auch die Lehrer zum Volk und dürfen die Rechte beanspruchen, die keinem andern Staatsbürgern vorerhalten werden. Den Einwand, daß ihre politische Haltung in der Deutschen Reich durch Misslizenzen auf ihre Beamtenstellung beschränkt sei, weisen wir keineswegs unbedingt zurück. Aber ebenso bestimmt behaupten wir, daß er in der fraglichen Angelegenheit durchaus unangebracht ist. Hier handelt es sich um Fragen, die der Lehrer von Beruf wegen nicht nur um unmittelbarsten Interessen, sondern die sie auch unter allem Volle am ehesten und besten zu beurteilen wissen. Es ist nicht nur ihr Recht, sondern ihre Pflicht und Schuldigkeit, „die Eltern unserer Kinder“ aufzuklären und ihre Überzeugung vor aller Öffentlichkeit mit in die Wagschale zu werfen. Wenn das in einer Form geschehen ist, die bei andern Staatsbürgern keinesfalls beanstanden werden wäre, so wird begreiflich, daß die liberale Presse von einer „völlig rechtlosen Epoche der sächsischen Lehrerschaft spricht“. Nicht minder schwer sind andre sich ausdrückende Bedenken. Eine Wissenschaftsreform, der man auf solche Weise zu ebnen versucht, muß selber recht wenig bahnbrechende Kraft in sich haben. Wir finden es ganz natürlich, daß infolge solcher Maßnahmen das Misstrauen im Volle zunimmt und der Widerstand gegen die Wagschule geschockt wächst.

Es ist natürlich kein sächsischer Schulinspektor, der eine so vernichtende Kritik an der sächsischen Regierung in ihrer Schulpolitik übt, sondern der herzogliche Schulinspektor Vogel in Gotha. Wie würde es einem sächsischen Lehrer, geschweige denn einem Schulinspektor gehen, der die sächsische Regierung in ihrer verfassungswidrigen Politik so die Wahltreue geigen wollte!

### Zur Dr. Roth-Affäre.

Die Meldung von dem Austritt Dr. Roths aus der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei der Zweiten Kammer veranlaßte die Leipziger Neuesten Nachrichten zu allerlei Beiträgen und Vermutungen. Danach sollte sich in der Bürgerschaft Burgstädt ein Umschwung zuungunsten Dr. Roths vollzogen und Dr. Roth sogar die Absicht haben, sein Amt als Bürgermeister niedergelegen. Wenn derartige Vermutungen in der Presse auftauchen, so ist das angesichts der Tatsache begreiflich, daß die Fortschrittliche Volkspartei sich zu dem gemeldeten Austritt Dr. Roths aus der fortschrittlichen Fraktion der Zweiten Kammer noch nicht geäußert hat. Deshalb schrieb auch das Fortschrittliche Tageblatt zu der erwähnten Ausschaffung der Leipziger Neuesten Nachrichten:

Und zu alledem schweigt sich die Zeitung der Fortschrittlichen Partei in Sachen rein aus. Glaubt man denn, daß man mit einer Vogel-Strauß-Politik oder einem Verlustungssystem heute noch einen Schritt vorwärts kommt? Es wäre u. E. an der Zeit, daß die Parteileitung einmal „Hipp und klar das Wissenswerteste“ mitteilte, schon damit dem unruhigen Vereine ein Ende bereitet würde. Die liberalen Blätter rufen sonst laut und entschieden (und sie tun recht daran!) nach Auflösung und Verlangen reinen Tisch, wenn anderwärts „etwas passiert“ ist, wo die Regierung die Hand im Spiele hat. Wollen wir denn jetzt unsre Prinzipien verleugnen?

Nun hat in der letzten Monatsversammlung des Vereins der Fortschrittlichen Volkspartei zu Plauen der Führer des sächsischen Fortschrittlichen Häuslein, der Abg. Günther, über die Ausschaffung Dr. Roths gesprochen. Er führte aus, die systematische Bekämpfung Dr. Roths durch seine mit Hass gegen ihn erfüllten Gegner habe aus ihm ein geheutes Wild gemacht. Sein Nervensystem habe dabei, wie man schon längst habe beobachten können, schwer gelitten. Dann geht Abg. Günther auf die gegen Dr. Roth erhobenen Vorwürfe in derselben Weise ein, wie es die Fortschrittlichen Redner im Landtag getan haben. Daraus kann man wenigstens erschließen, daß es nicht zutreffend ist, wenn in der Presse behauptet worden ist, die Fortschrittliche Volkspartei habe Dr. Roth freigesprochen. Über den Austritt Dr. Roths aus der Fortschrittlichen Fraktion aber hat sich auch der Abg. Günther ausgeschwiegen. Warum das aber, wenn die Fortschrittliche Volkspartei Dr. Roth nicht hat fallen lassen?

### Der Fischereigesetzentwurf.

Über den Entwurf zu einem Fischereigesetz wird der Chemnitzer Allgemeine Zeitung aus Dresden geschrieben:

Im Februar ist dem Landtag der Entwurf des neuen sächsischen Fischereigesetzes zugegangen, das dazu berufen sein soll, eine durchgreifende Besserung des Gewässer herbeizuführen. Die Regierung erläutert die größten Missstände in der nach dem jetzigen Gesetz auflässigen Angler- und Koppelfischerei, in der Jersplitterung des Grundbesitzes und dem Recht der Ausübung von Fischerei auch in den kleinsten Gewässern, daß sie mit Haubfischerei vergleicht. Eine durchgreifende Besserung kann ihrer Ansicht nach nur dann eintreten, wenn der § 3 des Gesetzes über die Ausübung der Fischerei in fließenden Gewässern vom 15. Oktober 1868 dahin abgeändert wird, daß nach Analogie des Jagdgesetzes eine Unterscheidung zwischen dem Fischereirecht und dem Recht zur Ausübung der Fischerei gemacht wird, und wenn in das Gesetz der Grundtag ein gesetzt wird, daß die Ausübung der Fischerei nur bei Vereinigung nicht zu kleinen Strecken der Wasserläufe in ihrer vollen Breite in einer Hand gestattet wird, weil nur hierdurch Besitz und Pflege Erfolg haben und die großen Fortschritte, die in der Wissenschaft während der letzten Jahre gemacht worden sind, wirtschaftlich ausgenutzt werden. Deshalb hat die Regierung in das neue Gesetz die Bestimmung aufgenommen, daß sämtliche Fischerei beteiligte eines Fischereibezirks für alle die Ausübung der Fischerei und die Verwendung der Fischereiernahmen betreffenden Angelegenheiten eine rechtskräftige Fischereigesetzgebung auf bilden haben, deren Reinertrag nach dem Verhältnis der auf die Mitglieder entfallenden Uferlängen zur Verteilung kommen soll. Selbständigkeit soll der Fischereibezirk die Fischerei aber nur dann ausüben dürfen, wenn sein Recht an einem oder mehreren Wasserläufen einer in sich zusammenhängenden Strecke von mindestens 1000 Metern in ganzer Breite umfaßt. Dieser Kernpunkt des neuen Gesetzes hat, wie aus Kreisen der den Entwurf vorberaubenden Deputation mitgeteilt wird, dort eine sehr unfründliche Aufnahme gefunden. Namenslich von den kleinen Gutsbesitzern des Erzgebirges, die bisher ihren geringen Bedarf an Fischen aus den in ihrem Bereich liegenden Gewässern decken konnten, ist in zahlreichen Zuschriften den Abgeordneten die Bitte unterbreitet worden, diese Bestimmung nicht Gesetz werden zu lassen, sondern dafür einzutreten, daß das ihnen im Laufe der Jahre lieb gewordene Recht auch in Zukunft aufrecht erhalten bleibt. An der Deputation selbst war man schon von vornherein dagegen, den kleinen Fischereibezirkten so bindende enge Grenzen zu setzen. Die immer sich häufenden Bitten aus dem Lande haben nun in der Deputation dazu geführt, daß das ganze Gesetz noch einmal revidiert werden soll. Diese Nachprüfung hat eine große Mehrheit gefunden, die für ein Faltenlassen des Entwurfs eintritt. Selbst in den Reihen konservativer Mitglieder überwiegt die Wissensbildung, so daß bestimmt darauf zu rechnen ist, daß auch die Zweite Kammer sich dem Wunsche nach Einbringung eines milderen Gesetzes anschließen und der jetzige Entwurf nicht gesetzliche Kraft erlangen wird.

### Die Anzeigepflicht des Schuhmanns.

Wegen Vergehens im Amt im Sinne des § 316 des Strafgesetzbuchs hat das Landgericht Zwickau am 10. Februar b. J. den

Schumann Richard König zu der gesetzlichen Mindeststrafe von einem Monat Gefängnis verurteilt. In der Nacht zum 12. November v. J., und zwar bereits in der dritten Stunde, sah der Angeklagte, der Schumann in Neustadt bei Schneeburg ist, daß in der Gastwirtschaft von Sicht noch Licht brannte. Als ihn der Wirt auf sein Klopfen hin geöffnet hatte, sah er, daß zwar in der Gaststube niemand mehr war, doch bemerkte er, daß in der hinterstube noch ein Gast saß, den der Wirt als einen Offizier in Amt bezeichnete. Der Wirt sagte, er habe den Herrn bereits mehrfach zum Gehen aufgefordert, dieser sei aber sehr müde; indes werde der Herr wohl sofort gehen. Da eine Bekanntmachung des Stadtrats von Neustadt vom 5. November 1883 angeordnet hatte, daß die Gastwirte um 12 Uhr nachts ihr Lokal zu schließen und höchstens bis 2 Uhr Gäste in demselben dulden dürfen, so hatte sich der Wirt im vorliegenden Falle gegen die Verordnung vergangen, und Wicht des Schumanns K. wäre es gewesen, den Vorfall zur Anzeige zu bringen. K. aber hatte keine Anzeige erstattet und hat sich dadurch, wie die Anklage ihm zur Last gelegt, der Begünstigung im Amt schuldig gemacht. K. hatte zu seiner Verteidigung angegeben, daß er mit Absicht auf den Leutnant, um diesem keine Unannehmlichkeiten zu bereiten, von einer Anzeige abgesehen habe. Begegnung des Urteils hatte K. Revision eingeleitet mit der Begründung, daß die Behauptungen nicht ausreichten, um ein „Vergehen im Amt“ anzunehmen zu können; denn vor allen Dingen sei nicht erwiesen, ob der Wirt wirklich die Polstube überreichen hatte und ob somit überhaupt eine Anzeigepflicht vorlag. Das Reichsgericht hielt gleichfalls die Ausführungen des Urteils für etwas dürfte. Es hob deshalb das Urteil auf und verwies die Sache an die Oberinstanz zurück.

Dresden. Ein Erpressungsversuch gegen Geheimrat Lingner beschäftigte das Landgericht. Angeklagt war der 24jährige Bankbeamte Maelzel, der von dem Geheimen Kommerzienrat Lingner 15 000 Mark zu erpressen versucht hatte. Maelzel drohte Geheimrat Lingner, daß eine Broschüre unter dem Titel: Interessante Entwicklungen über die Grobstaten des Geheimen Kommerzienrats Lingner mit Bildern erscheinen würde, und daß er für 15 000 Mark bereit sei, den Verfasser der Broschüre zu nennen. Als der Expresser das Geld auf dem Postamt abheben wollte, wurde er verhaftet. Er gab in der Verhandlung an, daß er in einem Restaurant ein Gespräch über Lingner belauscht habe und dadurch auf den Gedanken gekommen sei, einen Erpressungsversuch gegen ihn zu verüben. Das Urteil lautete auf fünf Monate Gefängnis.

Zwickau. In der letzten Stadtverordnetenversammlung bezeichnete der Genoss Breslauer die Zustände im städtischen Vieh- und Schlachthofe als grauenvoll, so daß der Verkauf von Fleisch wegen Lebensgefahr für das Publikum geschlossen werden müsse. Es herrsche Fleinerkrankheit auf dem Schlachthof. Bürgermeister Simon und Stadtverordneter Looß sandten die Verwaltung des Schlachthofes vorläufig und den Schlachthof selber ein Muster von Ordnung und Sauberkeit. Auch Bürgermeister Münch verwahrt den Rat gegen die Vorwürfe, die er als in jeder Hinsicht unbegründet widerlegte. Schließlich wurde die betreffende Maßvorlage auch einstimmig angenommen.

Döbeln. Gegen die Erhebung von Armenkassen abgaben hatte der hiesige Naturheilverein Petrus bei der Kreishauptmannschaft eingeklagt. Der Verein hatte ein Vergnügen veranstaltet, bei dem auch ein Zauberklänster die Kosten der Unterhaltung bestritt und das mit Tanz abschloß. Auf dieses Vergnügen erhob der Stadtrat 20 Mr. Steuer zur Armenkasse. Der Verein wandte sich dagegen mit der Begründung, daß an dem Vergnügen 348 Mitglieder und nur 40 Fremde teilgenommen hätten. Der Kreisbaudirektor verwarf den Petrus kostengünstig, da das Vergnügen auch öffentlich angestellt gewesen sei.

Alte Nachrichten aus dem Lande. Auf einem Werkplatz in Dresden suchten zwei Arbeiter Schutz vor dem Unwetter. Von einem Stoß aufrechtstehender Budeuteile wurden durch einen plötzlichen Windstoß Breiter auf die beiden Arbeiter herabgeworfen, wobei der eine leicht, der andere sehr schwer verletzt wurde. Er erlitt außer einem Oberarmbruch auch innere Verletzungen. — In den Tharandter Steinbrüchen starzte der Arbeiter Hermann Auße durch Autounfälle von Steinmassen aus 25 bis 30 Meter Höhe ab. Er wurde schwer verletzt in das Dresdner Krankenhaus gebracht. — In Meißen wurde ein neunjähriger Knabe durch die elektrische Güterstraßenbahn tödlich überfahren. Der Knabe war während der Fahrt an der Verbindungsstange der Wagen herumgelaufen und habe herabgefallen und unter die Räder gerollt. — In Bischofsbach bei Pirna spielte das zweijährige Töchterchen des Einwohners Caspar allein im Hof und erstieg einen nahe am Gartenzaune gelegenen Streuhaufen, von dem es abstürzte und so unglücklich mit dem Kleide auf dem Baume hängen blieb, daß der Tod durch Erstickung eintrat. — Bei den Arbeiten der Uferlandzentrale in Niederbörzisch wurde durch den Sturm ein Leitungsmast umgestürzt und dabei ein oben am Mast beschäftigter Arbeiter mit heruntergeschleudert. Er mußte schwer verletzt dem Freiburger Krankenhaus zugeführt werden. — In Lichtenberg bei Freiberg wurde ein 19jähriges Dienstmädchen durch die von ihr benötigte Wäschemangel zu Tode gedrückt. — Auf dem Wilhelmshof I in Zwickau wurde der 35 Jahre alte Bergarbeiter Fr. A. Langnadel aus Burkersdorf von niedergehenden Steinmassen verschüttet, wobei ihm das Rückgrat und beide Beine gebrochen wurden. Der Bergungskomitee stand einige Stunden später im Kreiskrankenhaus. — In Plauen schoß der nach Verbürgung einer Zuchthausstrafe nach Hause zurückgekehrte Gemüthshändler Koch auf seine Ehefrau und deren Geliebten, verwundete beide schwer und tötete sich durch einen Schuß selbst. Die Frau Koch ist bereits auf dem Transport ins Krankenhaus ihren Verletzungen erlegen. Der schwerverletzte Liebhaber der Frau ist der Fahrerhändler Mausch, der von seiner in Döbeln lebenden Frau seit Jahren getrennt lebt und zuletzt bei der Frau Koch zur Wite wohnte. — In der Werkstatt der Adolf Mauersberger'schen Maschinenbauanstalt in Thum explodierte der autogenen Schwefelapparat mit einem kanonenschußähnlichen Knall. Die Fenster und

die Decke der Werkstatt wurden durch die Explosion beschädigt. Die in der Werkstatt anwesenden Personen sind meist mit dem Schreck davongekommen; nur der Meister erlitt im Gesicht leichte Verletzungen.

## Aus den Nachbargebieten.

„Politische“ Turnvereine.

Am 7. Juli findet ein Gruppenturnfest der freien Turner-Schaft in Erfurt-Nord statt. Aus diesem Anlaß sollte ein Umzug veranstaltet werden, und der Vorsitzende der freien Turner beantragte bei der Polizeiverwaltung, den Umzug zu genehmigen. Es war aber bei der hohen Polizeiverwaltung anders beschlossen worden: die Genehmigung wurde versagt, und zwar, weil den deutschen Turnern bereits „die Genehmigung zur Veranstaltung eines Umzuges für diesen Tag erteilt worden ist“. In dem Maß heißt es weiter, daß „aus der gleichzeitigen Veranstaltung von Umzügen durch zwei politisch sich entgegensehenden Vereine Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu bestehen ist...“. Was mag sich die Polizeiverwaltung unter politischen Vereinen vorstellen? Wenn der Sozialdemokratische Verein und etwa der Nationalliberale Verein zu gleicher Zeit einen Umzug machen wollten, dann könnte man von politisch entgegensehenden Vereinen reden. Aber Turnvereine? Freilich, die freien Turnvereine haben die Polizeibehörden schon immer für politisch erklärt, um sie dem Vereinsgesetz unterstellen und überwachen zu können. Das ist auch hier geschehen. Und deswegen hat man den nationalen Turnverein ausnahmsweise auch gleich mit zu einem politischen Verein gemacht. Das Schönste ist aber der Hinweis auf die gefährliche „öffentliche Sicherheit“. Dass die freien Turner die öffentliche Sicherheit nicht gefährden, ist doch der Polizeiverwaltung Erfurt bekannt. Sie weiß noch vom vorjährigen Arbeitersängerfest her, das durch den Umzug, an dem sich die freien Turner mit beteiligten, die „öffentliche Sicherheit“ nicht gefährdet wurde, ja es wird der Polizeiverwaltung sogar bekannt sein, daß die freien Turner den Festzug organisiert haben. Den freien Turnern wurde auch vom Polizeiinspektor ein Lob für die mutige und die Organisation des Festzuges und für die Aufrechterhaltung der Ordnung ausgesprochen. Es bleibt daher nur die Annahme übrig, die deutschen Turner möchten Anlaß geben, die „öffentliche Sicherheit“ zu gefährden. Aber wenn auch alle Polizeibeamten zur Überwachung der deutschen Turner notwendig sein sollten, den freien Turnern braucht deshalb der Umzug nicht verboten zu werden, denn sie wissen Ordnung zu halten und können aller polizeilichen Auflösung entrinnen.

### Ein Schuldbill.

Traurige Schulverhältnisse herrschen in Mücka im Kreise Rothenburg. Nach mehrjährigen Verhandlungen ist endlich mit dem Bau einer Schule mit zwei Klassenzimmern begonnen worden. Nach Fertigstellung des Schulgebäudes wird der Ort einen zweiten Lehrer erhalten. Bisher wurde eine zum Dominium gehörige Gesindewohnung (1) als Schulzimmer benutzt. In dieser wurden von einem Lehrer gegen 120 Kinder (1) in zwei Klassen unterrichtet.

Nürnberg. Im ganzen Herzogtum fanden die Wahlen zum Landtag statt. Es wurden vier Vertreter der rechts stehenden Partei, vier der Nationalliberalen und drei der Fortschrittlichen Volkspartei gewählt. Die Sozialdemokraten haben den seit vielen Jahren innegehabten Sitz wider Erwarten verloren.

## Gerichtsaal.

Reichsgericht.

Das Urteil im Spionageprozeß Barbier wurde erst am Sonnabend, nachts gegen 10 Uhr gefällt. Es lautet auf Freispruch. In der Begründung heißt es: „Der Angeklagte mache in im Juli v. J. eine Reise durch den südlichen Teil Ostpreußens, um die Masurischen Seen herum, und erwartete den Anschlag (!), als wollte er das für militärische Zwecke wichtige Gelände erkunden und an eine ansdere Macht verraten. Trotzdem ist dem Angeklagten nichts nachgewiesen worden.“

Auso fast ein Jahr lang wurde der Angeklagte gefangen gehalten und drei Tage lang wurde er hinter verschlossenen Türen einer Inquisition unterworfen, die schließlich mit völliger Freispruch endete. Und der Reichsanwalt hatte zu ei Jahr zu Zuchthaus beantragt! Wenn eine solche Aktion in Szene gesetzt wird, müßten, so sollte man meinen, doch einem Angeklagten sehr gravierende Tatsachen ohne weiteres nachzuweisen sein!

### Landgericht.

Von der Anklage der Stempelsteuerhinterziehung freigesprochen. Der Kaufmann Johannes Müller war wegen Hinterziehung des Steuerstamps von 10 Augen der Bernwart-Gewerbeschäftigung Gotha mit dem Sich in Gittern von der Steuerbehörde mit dem Betrag der hinterzogenen Summe, nämlich mit 1250 Mr., in Strafe genommen worden. Gegen diesen Strafbefehl legte er Berufung ein. Das Landgericht sprach ihn frei, weil die Augen dem Angeklagten zum Verkauf übergeben waren, es sich also nur um ein (Kommissions-) bedingtes Geschäft gehandelt hatte, das der Stempelstift nicht unterliege.

Müdigste Diebe. Eine Wasseruhr und Bleirohr im Werte von 70 Mr. hat der Gelegenheitsarbeiter Laue auf dem Provisorischen Thüringer Bahnhof gestohlen, als er dort beschäftigt war. Wildernde Umstände wurden dem Angeklagten versagt. Er wurde daher zu Zuchthausstrafe, und zwar zu einem Jahr zu ei

Monaten, und zu drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Auf dem Wasser mildende Umstände zugelassen, weil er, als er den Diebstahl beging, frisch gewesen ist und sich in einer Notlage befunden hat. Am 14. Mai kam der Angeklagte in die Gastwirtschaft von Fr. und sah drei Leiderbuntel mit Geld im Betrage von 228 Mr. dort liegen. Es war niemand anwesend, und diesen Umstand bemerkte der Angeklagte, sich die Geldbuntel anzusehen und damit die Flucht zu ergreifen. Er wurde jedoch sofort verfolgt und die Peitsche wurde ihm wieder abgelegt. Der Angeklagte, bei dem man zwar Stemmseisen und Tiefeisen gefunden hat und der schon schwer vorbestraft ist, wurde unter Jubiläum mildernder Umstände zu sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Unschuldig in Untersuchung gesessen hat der Fleischer Karl Otto Schödummetter, der in der Nacht zum 1. März über den Markt ging, um sich nach Hause zu begeben. Er bemerkte, wie ein Mann verschloß und „halte ihn!“ gerufen wurde und trat ebenfalls neugierig hinzu. Einer aus dem Personenkreis forderte den die Arrest vornehmenden Schugmann auf, auch Sch. zu verhaften, denn der sei mit dabei gewesen. Sch. wurde darauf ebenfalls festgenommen. Er hat 14 Tage in Untersuchung gesessen und wurde dann freigelassen, weil sich seine Unschuld zweifelsfrei herausgestellt hatte. Diesenigen aber, durch deren Taten Sch. in diese able Lage gekommen war, hatten sich nunmehr wegen schweren Diebstahls zu verantworten, denn aus einem Schaukasten in der Mitterstraße waren 4 Blumen und aus einem Schaukasten in der Burgstraße 5 Börsen gestohlen worden. Diese Diebstähle kamen auf die Konten des Händlers Arthur Hollert und des Fleischers Otto Karl Heinrich Buggardt, die zur Engradmesse von auswärts gekommen waren. Der zuerst genannte erhielt acht Monate, der zuletzt genannte zwei Monate Gefängnis abdisktiert.

### Schößengericht.

Der Mann mit den 365 Krankheiten.“ So war ein Anserat überschrieben, das in Bobachs Mordzeitung abgedruckt war. Darin wurde die Anzahl der Nervenbeschwerden aufgeführt und das „Visnervin“ als Mittel dagegen angepriesen. Der Kontorist Kurt Meul, der für den Anserateil der genannten Zeitung verantwortlich ist, erhielt wegen Zuüberhandlung gegen die Ministerialverordnung über den Verkehr mit Heilmittel einen Strafbefehl über 100 Mr., da die Annonce geeignet sei, das Publikum über das Mittel irre zu führen und es zu schädigen. Der Anseratredakteur beantragte gerichtliche Entscheidung. Die Sachverständigen legten dar, daß er in 100 Tabletten Visnervin soviel Einweis enthalten sei, als in einem Eibotter. Über das in dem Mittel noch enthaltene Ecclithin wisse man bisher wenig, es gelte jedoch als die Ernährung anregend. Das Mittel sei aber durchaus kein Heilmittel und die in der Annonce angeführten Krankheiten seien zum Teil sehr schwere und sogar unheilbare. Es sei vor dem Visnervin bereits durch Polizeibehörden und Gerichte öffentlich gewarnt worden. Da der Angeklagte wegen eines ähnlichen Delikts noch nicht bestraft war, wurde die Strafe auf 50 Mr. herabgesetzt.

Die unternehmungslustigen Bädergesellen. Der 28 Jahre alte Bäder Walter Straube war durch eine Hamburger genannte Adressenfirma hereingefallen. Der leichte Verdienst, den sich diese Art Unternehmer zu verschaffen versteht, scheint ihm imponiert zu haben und beschloß, ebenfalls so ein gewinnversprechendes Geschäft zu errichten. Er verband sich zu diesem Zweck mit seinem Bekannten, dem gleichaltrigen Bäder Wilhelm Grüneberg, der 28 Mr. in das „Geschäft“ einschob. Nunmehr wurden Anserate losgelassen, in denen Herren und Damen bei 1 bis 2 stündiger Beschäftigung ein wöchentlicher Nebenverdienst von 15 bis 25 Mr. in Aussicht gestellt wurde. Die Leute, die sich daraufhin bei dem „Internationalen Adressenbüro Merkuria“, Große Fleischergasse 14, alwo die beiden Bäder eine Schäßleins inne hatten, meldeten, erhielten dann nach Zahlung von 185 Mr. Prospekte und Instruktionen augeschickt, wie sie durch Zeitungen und durch in Cafés ausliegende Journals usw. die Adressen solder Leute erfährt könnten, die irgendwelche Beschäftigung, Darlehen usw. suchen. Für 1000 solcher eingesandter Adressen wurden den Leuten 8 Mr. versprochen. Auf dieses Angebot haben sich ungefähr 180 Personen gemeldet, die zum Teil auch die Provisionbeiträge eingeschüttet, aber dann Skandal gemacht hatten, als sie hinter den Schwund gekommen waren. Der Angeklagte Grüneberg trat nach 8 Tagen aus dem Geschäft aus, weil er die Unreliabilität einsah, Straube aber führte es weiter, und nahm noch einer Anzahl weiterer Personen ihr Geld ab. Wegen dieser Beträgerelen wurde Straube, der bisher noch unbefreit war, zu drei Wochen und vier Tagen Gefängnis verurteilt, Grüneberg wurde freigesprochen.

### Jugendgericht.

Neigung zum Diebstahl bei jungen Leuten. Beim Eigentumsvergehen junger Leute bemüht sich das Gericht eifrig, zu ermitteln, ob der Täter etwa Neigung zum Diebstahl hat. Ist er schon einmal wegen Diebstahl bestraft, oder wird auch nur ein solches Vergehen in den Führungsakten der Schule erwähnt, dann ist mit Sicherheit zu erwarten, daß ihm dies straffärtig angerechnet wird. Wo denn eigentlich diese Neigung zum Diebstahl herrührt, wird überhaupt nicht untersucht, obgleich in den meisten Fällen ihre soziale Ursache leicht zu erkennen ist. Wenn Bäder und Mütter vom frühen Morgen bis zum späten Abend erwerbstätig sein müssen, ist es kein Wunder, wenn Proletarierkinder, die sich den ganzen Tag selbst überlassen sind, mit der so leicht zu verlegenden Eigentumsordnung in Kontakt geraten. Wo aber zu dem Mangel an mütterlicher Pflege und an geordnetem Familienleben noch der Hunger kommt, wo die Eltern trotz aller Anstrengungen nicht genug verdienen, um ihren Kindern satz zu essen geben zu können, da wird durch Verschulden der Gesellschaft die Neigung zum Diebstahl geradezu gefächelt. So sind es die Proletarierkinder, die die Schuld der Gesellschaft führen müssen. Ein solches Opfer der Gesellschaft ist auch der 1894 geborene Arbeitsbursche B., der bei seinem Chef 38 Mr. entwendet hatte und dann ausgerissen war. Als er das Geld verkannt hatte, stellte er sich der Polizei, worauf

prämie von 10 000 Mark vollständig genügend würde und da sie eine Frau von raschem Entschluß ist, so ließ sie sich ohne Jögern in die Lebensversicherung aufnehmen.

Sie hat dadurch ihren Kindern eine Erbschaft von 10 000 Mark gestichert, ohne daß sich die Familie irgendwie einzuschränken braucht. Im Gegenteil, da Aromin seinem Geschmack und Aroma nach einer allerfeinsten Wollcreme entspricht und die gewöhnliche Marktbutter an Qualität weit übertrifft, so finden Mann und Kinder, Lehrling und Gesellen sogar, daß die Kost jetzt besser ist, als frischer.

Aromin ist unstreitig das vollkommenste Erzeugnis der hochentwickelten deutschen Nahrungsmittel-Industrie.

Allerdings muß Aromin, um dem Buchstaben des Gesetzes zu genügen, unter der Bezeichnung „Margarine“ verkauft werden, es ist aber keine, denn es enthält kein Oleomargarin, sondern

besteht aus edelsten, feinst rassinierten Pflanzenfetten, die mit großen Mengen frischer Butter verblümt werden und dadurch nicht nur den Geschmack und das Aroma der Wollcreme, sondern auch deren sonstige Eigenschaften annehmen.

Der beste Beweis für die Güte des Aromin ist der Umstand, daß es bei den Kaufleuten, die doch Fachkenntnisse sind und im eigenen Interesse ihre Kundshaft mit dem besten zu bedienen suchen, was es gibt, alle Kontrollenfabrikate im Sturm verdrängt.

Die Haushalte, die bestrebt ist, billig zu wirtschaften und trotzdem gute Kost zu bieten, sollte mit Aromin einen Verlust machen. Wenn es etwa der bisherige Lieferant noch nicht führt, so gehe sie einfach zu einem anderen oder schreibe eine Postkarte an die Aromin-Werke G. m. b. H., Berlin SW 65/242A. Von dort aus wird dann sofort ganz kostenlos eine Probe und ein Verzeichnis sämtlicher hiesiger Verkaufsstellen gesandt.

## Eine Erbschaft von 10 000 Mark.

Die Frau eines Handwerkmeisters in Leipzig hat ihren Kindern in einer höchst einfachen und prächtlichen Weise eine Erbschaft von 10 000 Mark geschert und ihr Verfahren hat den großen Vorzug, daß es nicht patentiert ist, sondern von jedermann nachgeahmt werden kann.

Sie verwandte in ihrem Haushalte bis vor kurzem nur Butter. Der Preis derselben ist zurzeit ca. 1.80 Mark das Pfund und wird auch kaum jemals wieder billiger werden.

Durch einen Versuch überzeugte sie sich, daß Aromin, welches ein Drittel billiger ist, sich weder im Geschmack noch sonstwie von feinstem Taschbutter unterscheidet. Sie berechnete, daß sie, wenn sie statt Butter ausschließlich Aromin kaufe, jährlich eine Summe ersparen würde, die zur Zahlung einer Lebensversicherungen

### Bade- u. Schwimm-Anstalten

Königin Schwimmabend: Dienstag Volkstag 20.

Carola-Bad Frauen: Montags 5—9 Uhr abends.

Kinder täglich 1/2—6 Uhr 15.

Dampfbad Frauen: Donnerstags 4—9/10 Uhr abends.

Diana-Bad Dampf-, Wannen-, Kur-

Bäder, Schwimm-Halle.

Dienstags Schwimmabend 20, f. Kind. tägl. v. 1/2-8 15.

Lange Str. 8 Schwimm-Unterricht.

Dienstags Schwimmabend 20, f. Kind. tägl. v. 1/2-8 15.

Irrigator, Mutter-

spritzen, Leibbind,

Verband, Verbandwatte &c.

sowie alle Artikel zur

Krankh. u. Wochenpflege.

Makel. Verband nach Auswahl.

KarlKlose Leipzig 7, Hainstr. 19.

Fortsch. 1873.

ihm der Prozeß gemacht wurde. Fünf Tage Gefängnis erhielt das Gericht als angemessene Sühne. In der Begründung sagte der Vorsitzende, daß eine strenge Bestrafung angebracht gewesen sei, weil der Angeklagte Reizung zum Diebstahl habe. Er hat vor sechs Jahren, als er noch strafunmündig war, einen Geldbetrag gestohlen, das wird ihm jetzt als strafhärzend angesehen.

Auch in einem anderen Falle wurde der Gang zum Diebstahl erschwert in Betracht gezogen. Der 17 Jahre alte Bäcker B. hatte bei einem Spaziergang in Schleußig ein altes Fahrrad gestohlen. B. war gerade arbeitslos und ohne Geldmittel. Er wurde mit acht Tagen Gefängnis bestraft, die durch die erlitte Untersuchungshaft als verbüßt gelten. Den Gang zum Diebstahl sah das Gericht darin, daß B. bei einem Bäckermester einen Schlüsselbund mitgenommen hatte, mit dem er eigentlich nichts anfangen konnte. Diese Dummheit brachte B. drei Tage Gefängnis ein.

## Ortskrankenkasse Leipzig.

Die Ortskrankenkasse zählte am 31. Mai 1912 208 702 (188 788)\* Mitglieder und zwar: 148 900 (137 973) männlich und 64 703 (60 815) weibliche Personen. meldungen einschließlich zur Invalidenversicherung gingen ein: 60 285 (63 938) und zwar: 30 451 (33 428) An- und 29 834 (30 510) Abmeldungen.

Im Berichtsmonat wies die Abteilung I (Gruppe 1): Industrie der Steine und Erden, (Gr. 2): Metallverarbeitung, (Gr. 3): Industrie der Maschinen, Werkzeuge, Instrumente und Apparate einschließlich Fertigung von Musikinstrumenten, (Gr. 4): Holz- und Schnitzstoffe, (Gr. 5): Baugewerbe, einen Zugang in Gr. 2 von 101, in Gr. 4 von 25 und in Gr. 5 von 728 = 854 und einen Abgang in Gr. 1 von 16 und in Gr. 3 von 118 = 134 Mitgliedern auf.

Die Abteilung II (Gr. 6): Chemische Industrie, Erzeugung und Bearbeitung forstwirtschaftlicher Nebenprodukte, Leuchtstoffe, Mette, Oele, Firnis, (Gr. 7): Textilindustrie einschließlich der Bleicherei, Druckerei, Färberrei und Appretur, (Gr. 8): Land- und Forstwirtschaft, Kunst- und Handelsgärtnerei, Fischerei, (Gr. 10): Bekleidung und Reinigung, (Gr. 11): Beherbergung und Erquickung, hatte einen Zugang in Gr. 6 von 16, in Gr. 8 von 08, in Gr. 9 von 100 und in Gr. 11 von 101 = 285 und einen Abgang in Gr. 7 von 125 und in Gr. 10 von 84 = 200 Mitgliedern zu verzeichnen.

In Abteilung III (Gr. 12): Papier-, Leder- und Gummiindustrie, (Gr. 13): Polygraphische Gewerbe, (Gr. 14): Handels-, Versicherungs- und Verkehrsgewerbe, Geschäftsbetriebe der Anwalte, Notare, Rechtsanwälte, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten betrug der Zugang in Gr. 14 552, der Abgang in Gr. 12 109 und in Gr. 13 106 = 218 Mitglieder.

Der Gesamtzugang beziffert sich folglich auf 1601, der Abgang auf 561 Mitglieder.

Mitgliedsbücher waren 6157 (6017) auszufertigen. Krankenammeldungen erfolgten von 5110 (4800) männlichen, 2872 (2875) weiblichen erwerbsfähigen Mitgliedern, einschließlich 354 (381) Wöchnerinnen. Krankenhauspflege erhielten 717 (686) Mitglieder, also der 11. Teil der sämtlichen erwerbsunfähig erkrankten Mitglieder. An Krankengeld, Familien-, Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung wurden im Monat Mai = 4 Wochen = 24 Wochentage 278 849,95 (254 549,00) M. gedahrt, außerdem 16 109,82 (11 185,10) M. an Sterbegeld. Im Monat Mai entfallen ca. 12 293 M.bare Unterstützungen auf einen Wochentag, gegenüber ca. 11 805 M. im Monat April d. J. In den 5 Monaten des laufenden Jahres wurden an Krankengeld, Familien-, Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung zusammen

\* Die eingeklammerten Zahlen betreffen den gleichen Monat des Vorjahrs.

1584 926,02 (1510 188,16) M. auf 21 Wochen = 126 Wochentage und an Sterbegeld 73 902,07 (66 197,13) M. ausgezahlt. Ausgesteuert wurden, d. h. es erhielten die vollen Leistungen der Kasse 26 bzw. 34 Wochen lang für eine ununterbrochene Krankheit, blieben aber darüber hinaus noch krank 91 Mitglieder. Von den 20 angestellten Krankenkontrolleuren wurden 19 581 Besuch in der Stadt Leipzig und 155 weiteren Ortschaften gemacht, während seitens der freiwilligen Krankenbesucher nach den hier vorliegenden Mitteilungen 8578 Besuche im Bezirk der Kasse gemacht wurden. Wegen Zuwidderhandlungen gegen die Satzung und insbesondere wegen Überschreitung der vorgeschriebenen Ausgabezeit, Wiederaufnahme der Arbeit ohne vorherige Besundmeldung usw. wurden insgesamt 841 (865) schriftliche Anzeigen erstattet. In 654 (687) Fällen wurden Strafen in verschiedener Höhe verhängt und in den übrigen Fällen dagegen entsprechende Verwarnungen ertheilt. In den Filialzahltischen an den Sonnabenden 18 809 Personen und zwar: 2551 in der inneren Stadtfiliale, Gellertstraße 7/9, parterre links, 2280 in L.-Plaue, 2072 in L.-Lindenau, 1991 in L.-Gohlis, 2030 in L.-Neudorf, 2811 in L.-Neustadt, 1447 in L.-Connewitz und 2127 im Volkshaus, Zeitzer Straße 32, das Krankengeld erhoben. An Wannen-, Bassin-, Dampf-, Sonnen- und Lustbademärkten wurden insgesamt 3214 Stück an die Mitglieder bezw. deren Angehörige verabfolgt. Dieselben verteilen sich auf das Augustus-, Karola-Zentral-, Diana-, Linden-, Marien-, Nord- und Sophienbad, Bad-Wilsenstein, Kurbad Plaue sowie auf eine Anzahl hier bestehender Sonnen- und Lustbäder. Der Verkauf erfolgt nach wie vor ohne ärztliche Verordnung gegen ermäßigte Kostenpreis sowohl im Hauptbüro als auch in den vorgebauten Filialen.

Im Berichtsmonat fanden Aufnahmen:

im Genesungshaus Augustusbad	87	männl.	51	weibl.	Mitglieder
in der Heimstätte Gleesberg	—	"	46	"	
Hörstel	—	"	20	"	
im Erholungsheim Naunhof	85	"	—	"	
in der Heimstätte Oberholz	(Dr. Hebestreit)	—	6	"	
Summa: 122 männl., 142 weibl. Mitglieder					

## Für unsere Frauen.

### Das Erwachen der Frauen in Persien.

Bei den verschiedenen Revolutionen, die in den letzten Jahren in den östlichen Staaten ausgebrochen sind, finden wir eines, das ihnen gemeinsam zu sein scheint: diese Revolutionen werden unter der tätigen Teilnahme der Frauen, ja vielfach mit ihrer Unterstützung durchgeführt. Sowohl in China, wie in der Türkei und auch in Persien haben die Frauen nicht nur wichtige Berichterstatterdienste leisten können, weil sie ja viel weniger beobachtet wurden als die Männer, sie haben auch in vielen Fällen bestimmend auf den Gang der Ereignisse eingewirkt. Das ist um so mehr zu verwundern, weil die Frauen des Orients ja noch immer die Gefangen der Männer sind, die in eigenen Häusern hinter hohen Mauern leben und nie allein und unverschleiert ausgehen dürfen. Die wenigsten verstehen zu lesen oder zu schreiben, ihre Bildung besteht nur in den Künsten, die ihre Schönheit erhöhen sollen, und im Lautenspiel. Trotzdem beginnt es nun unter diesen Sklavinnen zu tagen und ihr Verlangen nach einer Schulbildung und nach besserer Erziehung wird immer lebhafter.

Wie tapfer diese Frauen sind, zeigt ein Beispiel aus Persien. Nach dem Tode des Bruders des Ex-Schahs stellte die Russische Bank in Teheran eine Forderung von einer Million Mark, die sie diesem Prinzen geborgt haben

wollte. Da kam eine Frau dieses Prinzen und teilte ihm Testament mit, durch das bewiesen wurde, daß die Forderung gefälscht war. Als darauf die russische Regierung ein Ultimatum stellte, und das Parlament diese Forderung anerkannte, kamen 300 Frauen der Hauptstadt, drohten den Abgeordneten mit den Revolvern und zwangen sie, die Forderung neuerlich abzulehnen. Ja, es gab sogar Frauen, die selbst Volksredner wurden und zur nationalen Bewegung gegen den Einfluß der fremden Nationen agitierten. Es bestehen eine ganze Anzahl von geheimen Verbündeten, die für die Befreiung des Landes und für die Befreiung der Frau eintreten.

Es wird überall Tag, und vielleicht werden bald die orientalischen Frauen mehr Rechte besitzen, als manche europäischen Frauen.

## Briefkasten der Redaktion.

M. Th., Leutzsch. Eine Neklamation ist erfolglos, da gegen die Art der Einschaltung nichts einzuwenden ist. Die Steuer wird stets für das laufende Jahr, also diesmal für 1912, entrichtet.

R. W. Das Arbeitersekretariat ist geöffnet: Wochentags von 1/2 bis 1 Uhr und von 1/8 bis 1/8 Uhr, Sonnabends ununterbrochen von früh 9 bis abends 7 Uhr.

W. O. 1. Die Ausstellung des Passes ist unter Beibehaltung der Genehmigung der Militärbehörde bei der Ortspolizeibehörde zu beantragen. 2. Hierüber bekommen Sie am besten bei der Gewerkschaft oder auf dem Konsulat Auskunft.

König-Brüssel. Otto Schmidt, Leipzig-Thonberg, Melzenhainer Straße 4, I.

## Aushilft in Rechtsfragen.

E. M. S. Der Vermieter ist nicht gezwungen, auf Ihr Angebot einzugehen.

H. A. Dagegen können Sie garnicht tun. Wenn Sie über 1000 Mark Einkommen haben, sind Sie verpflichtet zu deklarieren, wenn Sie Ihr Neklamationsrecht nicht verlieren wollen.

O. H. S. 100. Nur, wenn das Jahreseinkommen über 1500 Mark beträgt.

M. W. 30. Ihre Anfragen lassen sich ohne weitere mündliche Erörterung nicht beantworten. Wenden Sie sich an das Arbeitersekretariat im Volkshaus.

Vändung. Gegenstände, die zur standesgemäßen Fortführung der Wirtschaft notwendig sind, können nicht gespändet werden. Bestimmte Angaben können wir Ihnen nicht machen.

## Küchenzettel der Städtischen Speise-Anstalten.

Donnerstag:

Speisenkarte I (Gebäckkarte 9): Milch mit frischer Butter.  
Speisenkarte II (Zwiebelkarte 11): Grüne Erbsen mit Schmelzkäse.  
Speisenkarte III (Weißkäse 24): Gründanes und Kohlrabi mit Mindestsalat.  
Speisenkarte IV (Siegelsuppe): Gelbe Erbsen mit Wiener Würstchen.  
Speisenkarte V (Wurstsalat 5): Spinat mit Obstsalat.  
Speisenkarte VI (Kraut, Hühnchen 10): Rindfleisch mit Kindersalat.  
Speisenkarte VII (Waffelkarte 5): Kartoffelsalat mit Wiener Würstchen.  
Speisenkarte VIII (Biedermeierkarte 5): Erdäpfeln und Kohlrabi mit Kindersalat.

## Arbeiter-Sekretariat.

Bureau: Volkshaus, Leipzig, Zeitzer Straße 32.

Auskunftsstelle für Rechtsfragen 2. — Sprechzeit nur an Wochentagen von 1/2 bis 1 Uhr und von 1/8 bis 1/8 Uhr. Sonnabends ununterbrochen von vorm. 1/2 bis 7 Uhr abends. — Teleph. 5007.

## Für die Reise

empfehlen wir in größter Auswahl



**Echte Panama  
und  
moderne Strohhüte**

zu sehr billigen Preisen.

Loden-Hüte  
Ulster-Hüte  
Relse-Mützen  
Weiße und bunte  
Oberhemden  
Sporthemden  
Trikotagen  
Filletjäcken  
Socken  
Krawatten  
Halbwester  
Sportgürtel  
Mosenträger

Gamaschen  
Rucksäcke  
Handschuhe  
Spazierstöcke  
Bergstöcke  
Regenschirme  
Reisedecken  
Reisepläids  
Bade-Anzüge  
Sportstrümpfe  
und  
Sport-Stutzen

**G. Hollenkamp & Co., Leipzig Brühl  
28—32.**

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 19. Juni.

**Geschichtskalender.** 19. Juni 1650: Der Aupserstecher Matthäus Merian der Ältere in Schwalbach gestorben (\* 1593). 1782: Der französische Schriftsteller Fénelon Robert de Lamennais in St. Malo geboren (\* 1854). 1792: Der Dichter Gustav Schwab in Stuttgart geboren (\* 1850). 1861: Der Bildhauer Karl Lessner in Leipzig geboren. 1884: Der Maler Ludwig Richter in Dresden gestorben (\* 1808). 1899: Erste Lesung der Buchhausvorlage.

Sonnenaufgang: 5.30, Sonnenuntergang: 8.24.  
Mondaufgang: 8.30 vorm., Monduntergang: 11.46 nachm.

**Wetter-Prognose für Donnerstag, den 20. Juni.**  
Südwestwinde, aufsteigend, wärmer, vorwiegend trocken,  
Gewitterneigung.

## Parteiveranstaltungen.

Das Geschäftsjahr der Parteorganisationen schließt mit dem 30. Juni. Da machen sich im Anschluß an die Berichte die Neuwahlen für die Verwaltung nötig. Um den bestreunten Organisationen Gelegenheit zu geben, sich mit ihren Versammlungen nach denen der Partei einzurichten zu können, teilen wir die Tage mit, an denen die Parteiversammlungen stattfinden:

Parteiversammlung für den 12. und 13. Kreis den 9. Juli im Volkshaus. Tagesordnung: Die Reorganisation der Partei.

12. Kreis: 23. Juni im Volkshaus Generalversammlung.  
23. Juli im Volkshaus Kreisversammlung. Tagesordnung:  
Landesparteitag in Dresden.

13. Kreis: 21. Juli Generalversammlung im Volkshaus.

## „Stillgestanden! Ankurbeln!“

Uns wird geschrieben: Kaum je ist in der Welt eine Erfindung mit so freudiger Genugtuung begrüßt worden als die, die es dem Menschen ermöglicht, dem Vogel gleich sich zu erheben über die Welt des Elends, um hoch droben ein Morgenrot zu schauen, wie es jetzt dem kühnen Flieger Hirz auf der Fahrt Berlin—Wien entgegengeleuchtet hat. Wer aber hat den Sieg errungen? Ein Leipziger Blatt, belebt vom Geist des alldeutschen Klängels, weiß es ganz genau. Nicht die deutschen Ingenieure, die in jahrelangem Mühen Erfolg an Erfolg gereicht, nein: „Deutsche Offiziere haben die Österreicher besiegt.“ Da weiss du es nun, deutscher Michel!

Man möchte sagen: Sancta simplicitas, wenn nicht hinter dieser Auslegung und Verdrehung von Tatsachen eine bewußte Stimmungsmache stecke, wenn man nicht genau wüßte, daß eine Sippe damit nur jenes Geschrei jenseits der Bogen nachreicht, mit dem eine handvoll verrückter Chauvinisten dem französischen Volk den Kopf zu verdrehen sucht, Leute vom Schlag derer, denen jedes englische Uinienschiff Anlaß gibt, wütend nach zwei neuen deutschen Schiffen zu schreien — natürlich auf Kosten des Volks. Denn das die, die den Prost aus solchen Bauten ziehen, nicht gern selbst bezahlen, ist so klar aus der Sammlung im Rheinland zu erschien, die nicht einmal richtig die Kosten für ein Schiffsmodell aufbrachte. Aber auch Sachsen Größen, die bei schlechtbezahlten Arbeitern und Beamten der Industrie mit der Sammelbüchse schnorren gehen, statt einmal in ihre große Tasche zu greifen, illustrieren den „nationalen Opfermut“ gruell.

Und nun es gelungen ist, dem Volk durch die nationalen Schröpfköpfe Millionen herauszuzaugen mit dem Hintergedanken, es langsam an die Millionensteuer zu gewöhnen, die es dann „freiwillig bezahlen“ muß, binden die Leute dem Volk den Bären auf, daß die Erfolge der Flugtechnik militärische Erfolge seien, als ob ausgerechnet nur ein Offizier der deutschen Armee ein vom Volk bezahltes Flugzeug zum Sieg steuern könnte.

Man vergleiche die Zahl der Unfälle, die den Militärfliegern zugestossen sind, mit den Unfällen, die Berufsflieger erlitten haben, und lasse die Zahlen reden. Und muß denn nicht jedem gesunden Menschenverstand einleuchten, daß ein Leutnant, der nach dem Maturum oder nach dem Fähnrichsexamen schließlich nichts gelernt hat als Rekruten zu drücken, standesgemäß zu tanzen, zu essen und zu schwitzen, für das Verständnis eines Flugzeugs und seiner so unzureichen, feinfühligen Motoren viel mehr abgeht als einem Mann der Technik?

Wenn gar ein preußischer Regierungsassessor, der geneigt „Kies“ hat, sich einen Aeroplans leisten zu können, der erstaunten Welt zeigen will, daß ein preußischer Jurist in allen Sätteln sitzen kann, und dann auf seinem Schauflug das Bein bricht, so lacht die Welt und sagt: Schuster, bleib bei deinem Leisten! Nicht soll damit gefragt sein, daß es nicht auch Offiziere und Laien gibt, die die Intelligenz und Kraft haben, in die Probleme der Flugtechnik einzudringen, aber die sind nicht die Mehrheit.

Solang unsre Flugindustrie, gleich der andern Industrie, am sozialen Krebsleiden krankt, solange schwarze Listen einen Flugzeugchauffeur ums Brot bringen, solange Flugzeugchauffeure ausgebeutet werden, solange die Technik ausgenutzt werden soll, um dem Militarismus und Imperialismus neue Waffen zu liefern, — solange wird sich das Volk den „Segnungen“ der Aviatik verschließen und ihm den Kredit versagen.

Den Luftpiloten aber, die die Ehre haben, einen preußischen Leutnant als Führer zu haben, geschieht recht, wenn sie selbst ihren Motor zuhören und betriebsfertig machen müssen, während dem Herrn Leutnant das Kreuz des Verdienstes auf die Heldenbrust gehestet wird.

„Herr Ingenieur-Chauffeur! Stillgestanden! Ankurbeln! Ich möchte weiterfliegen!“

## Eine lehrreiche Statistik.

Befragt wurden	Maurer	Hilfsarbeiter	Stoffwaren	Kleidungsleger	Isolierer	Steinholszleger	Gemantarbeiter	Insgesamt
	3577	2516	111	34	22	66	77	6400
Abonent der Leipziger Volkszeitung sind:	verb. 2375 ledig 519	verb. 1452 ledig 263	verb. 86 ledig 14	verb. 24 ledig 1	verb. 18 ledig 2	verb. 87 ledig 2	verb. 48 ledig 10	4840
	2894	1715	100	25	20	39	53	
Abonent bürgerlicher Zeitungen sind:	119	140	2	5	—	4	4	283
Keine Zeitung hielten	verb. 191 ledig 378	verb. 278 ledig 374	verb. 8 ledig 1	verb. 4 ledig 1	verb. 1 ledig 1	verb. 9 ledig 11	verb. 12 ledig 8	1271
	364	652	9	4	2	20	20	
Die Vorzeitung und eine bürgerliche Zeitung wurde gelesen von	91	66	5	2	1	8	2	170
Politisch organisiert sind:	verb. 1770 ledig 464	verb. 932 ledig 207	verb. 70 ledig 14	verb. 22 ledig 15	verb. 15 ledig 1	verb. 24 ledig 6	verb. 81 ledig 8	8573
	2243	1189	84	22	15	30	30	
Bürger sind:	1245	541	46	8	12	11	15	1875
Konsumentvereinsmitglieder sind:	1735	1058	61	18	18	27	32	2080

Die von der Leipziger Bauarbeiterorganisation aufgenommene statistische Erhebung ist außerordentlich lehrreich, sie gibt den Fingerzeig, wo mit der Agitation für das Arbeiterblatt einzuschreiten ist. Wenn von 6400 organisierten Arbeitern es noch 1600 gibt, die ihr Blatt nicht halten, so ist dies ein betrübliches Zeichen von Gleichgültigkeit, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen. Es handelt sich hierbei noch weniger um die politische als um die gewerkschaftliche Seite, denn ein Mitglied in der Großstadt, das nicht einmal so viel geistiges Interesse hat, daß ihm in unserer so sehr bewegten Zeit eine Zeitung Bedürfnis ist, nimmt es mit seinen Gewerkschaftsinteressen auch sicher

nicht sonder ernst. Die wichtigste Aussage im Interesse der Gewerkschaften ist daher, die Mitglieder zu Abonnenten der Arbeiterpresse, in diesem Falle der Leipziger Volkszeitung, zu machen. Noch mehr als bei der Abonnementwerbung gibt es zu tun, die Säumigen der politischen Organisation zu bewegen. In einer politisch so bewegten Zeit wie der unsrigen, dürfte es keinen großstädtischen Arbeiter geben, der nicht politisch organisiert ist. Also hier ist für die politische Organisation ein Feld, auf dem reichliche Ernte wächst, wenn es geschickt bedacht wird. Die lehrreiche und wertvolle Statistik verdient von allen Gewerkschaften eifrig Nachahmung.

## Die Achtsamkeit der Lehrer.

Gegen den ersten Vorsitzenden des Leipziger Lehrervereins war besonders von der Bezirkschulinspektion das „Besserungsverfahren“ eingeleitet worden, weil die Bezirkschulinspektion den Lehrer Bähr verantwortlich mache für die Annonce: Eltern unserer Kinder, die seinerzeit vom Bezirksschulverein Leipzig-Land in den biesigen Tagesschriften veröffentlicht wurde, weil die Annonce des Leipziger Lehrervereins, in der zu der großen öffentlichen Versammlung im Kristallpalast eingeladen wurde, unmittelbar darunter stand. Ferner suchte man Herrn Bähr verantwortlich zu machen für einen Artikel der Leipziger Lehrerzeitung, in der die Art der Agitation des Zwicker Lehrervereins gegen den Schulgesetzentwurf empfohlen worden war. Wegen des ersten Punktes — Mitarbeiterhaftigkeit für die Annonce — ist am Freitag, den 14. Juni, das Besserungsverfahren gegen Herrn Bähr von der Königlichen Bezirkschulinspektion eröffnet und ihm auf Grund von § 28, 3 (Das Besserungsverfahren ist wegen Verabsäumung oder Verleugnung der Dienstpflicht oder wegen eines der Wirtschaft im Vereine beeinträchtigenden Verhaltens einzuleiten) der erste Vorhalt erzielt worden. Die Leipziger Lehrerzeitung stellt hierzu fest: 1. Der Bezirksschulverein Leipzig-Land hat bei der Veröffentlichung der fraglichen Annonce — wie seine Vertreter zweifellos bestätigen werden — aus eigener Initiative und unter eigener alleiner Verantwortlichkeit gehandelt. 2. Die betreffende Annonce trägt die alleiner Unterstreichung des Bezirksschulvereins Leipzig-Land. 3. Die Einladung des Leipziger Lehrervereins zu der Versammlung im Kristallpalast trägt die Unterschrift des Herrn Bähr als Vorsitzenden. 4. Herr Bähr sieht sowohl persönlich als auch als Vorsitzender des Leipziger Lehrervereins der ganzen Angelegenheit fern umso mehr, als der Bezirksschulverein Leipzig-Land ausdrücklich Gewicht darauf legt, selbstständig und ohne Mitwirkung des Leipziger Lehrervereins an die Öffentlichkeit heranzutreten. 5. Die Herren des Bezirksschulvereins Leipzig-Land, die seitens der Bezirkschulinspektion Leipzig II für die Annonce verantwortlich gemacht wurden, haben im Besserungsverfahren eine Ermahnung erhalten, während der Vorstand des Leipziger Lehrervereins von der Bezirkschulinspektion Leipzig I mit dem ersten Vorhalt belegt wurde. Lediglich das räumliche Nebeneinander der beiden Annoncen kann als Grundlage für das Vorgehen der Behörden in Frage kommen. Weiter bemerkt die Lehrerzeitung: Die Runde von der Maßregelung des Vorsitzenden des Leipziger Lehrervereins verbreite sich mit großer Schnelligkeit und sie hat auch bei den harmlosen Gemütern eine Verbitterung erzeugt, die aller Beschreibung weit übersteigt. Ein jeder fühlt sich in seinem Ansehen als niedrig verachtet. Auf allen Lippen schwört die Frage: Was soll das werden?

Vom Gattenmörder Julius Zinke. Am Freitag vergangener Woche hat der Buchhalter Zinke seine von ihm getrennt lebende 25 Jahre alte Ehefrau mit einer Schürze erdrosselt. Zinke war von Posen nach Berlin gekommen und hat seine Frau bestimmen wollen, mit ihm zusammen zu ziehen. Als sie dies abgelehnt, wird er die Tat begangen haben. Zinke soll sich nun nach Leipzig begaben und von hier einen Brief nach Berlin gesandt haben, worin er mitteilt, daß er sich das Leben nehmen wolle. Über seinen heimlichen Aufenthalt wird nun mitgeteilt:

Der Gattenmörder Julius Zinke aus der Flottwellstraße, der seit Sonntag morgen gesucht wird, hält sich zur Stunde in Leipzig auf. Von Leipzig hat er gestern abend einen Brief an einen bekannten Restaurateur aufgegeben. In diesem Briefe schreibt er, daß er die Absicht habe, seinem Leben ein Ende zu machen. Er treffe noch verschiedene Anordnungen für seinen Nachlass. Seine Tat bereue er aufrichtig, obwohl er durch seine Frau makellos gereizt worden sei.“ Der Brief ist in dem Postamt 2 in Leipzig zwischen 8 und 9 Uhr aufgegeben worden. Die Polizei glaubt nicht recht an die Selbstmordabsichten des Zinke, ist vielmehr der Ansicht, daß er die Behörden absichtlich durch die Briefe irreführen will. Die Polizei führt deshalb auch weiter auf den Gattenmörder, der möglicherweise nach Berlin zurückgekehrt ist, und hat zu diesem Zweck 10 Kinematographentheater in ihren Dienst gestellt. Zu diesen wird durch den Film die reproduzierte Photographie Zinkes einem größeren Publikum vorgeführt.

Selbstverständlich ist die Leipziger Polizei von Zinkes Fahrt nach Leipzig benachrichtigt worden.

Über die Flucht des Buchbinderobermeisters Göhre weiß die Gerichtszeitung zu berichten, „daß der Flüchtige ein paar Wochen vor seiner plötzlichen Abreise einen Nebenjob der Innung in Höhe von 12000 Mark in Wertpapieren abgehoben hat und deshalb Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erfolgt ist. Frau Göhre, die einige Tage verschwunden war, ist wieder in die Wohnung, Konstantinstraße 6, zurückgekehrt. Außerdem erfahren wir noch, daß Göhre die Maschinen seiner Buchbinderei zweimal verpänt haben soll. Einmal an eine Maschinenfabrik für 12000 M. und das andere Mal an einen Verlag für 8000 M.“

**Selbstmordversuch eines Schulumädchen.** Aus einem in der 2. Etage gelegenen Treppenfenster eines Grundstückes in der Probstheidaer Straße zu L.-Connewitz stürzte sich gestern mittag gegen 1 Uhr ein 13 Jahre altes Schulumädchen in selbstmordbereiter Absicht in den Hof herab. Das Kind, das in der Dölliger Straße bei seiner Mutter, einer Witwe, wohnt, hatte eigentlich das Grundstück aufgesucht, um seinen Vorsatz auszuführen. Schwer verletzt wurde es ins Krankenhaus gebracht.

In großer Bekleidung befinden sich die sogenannten nationalen Arbeiterorganisationen in Leipzig, weil sie von den Behörden nach ihrem wahren Werte geschädigt werden, nämlich ganzlich links liegen gelassen. Auf der Gesellschaft der Nachrichten liegt darob ein sogenannter Führer dieser Arbeiterorganisationen zum Götterbarmen also:

Allgemeine Bewunderung hat es erregt, daß bei dem nationalen Volksfest in Söllnitz die Behörden nicht vertreten waren. Nicht eine einzige Persönlichkeit hat es für notwendig gehalten, sich einzufinden und die Leute zu begrüßen. Man könnte das noch verzeihen, wenn sie nicht eingeladen gewesen wären. Doch hat der Bürgermeister Roth die Einladung am 8. Juni im Rat öffentlich zur Kenntnis gebracht. Es muß doch in diesen Kreisen auch anerkannt werden, daß die nationalen Arbeiter- und Gehilfen-Organisationen die Fortentwicklung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse auf nationalem Boden zu bestimmen bestreben. Die Zugehörigkeit zu dieser Organisation bringt den Arbeitern keine Annehmlichkeiten. Sie sehen sich den Angriffen von gegnerischer Seite aus und ertragen vielfach Hohn und Spott um der Sache willen; das müßten die städtischen Vertreter doch wohl wissen. Um so mehr muß man sich wundern, daß die Behörden von der Veranstaltung sich fernhielten. Wenn es sich die Stadt nur angelegen sein lassen wollte, der nationalen Sache auch in diesen Kreisen zu thun, so könnte aus dem nationalen Volksfest alljährlich ein schönes Leipziger Volksfest werden, an dem weiteste Kreise teilnehmen würden. Veranstaltungen, wie das nationale Volksfest, müßten unterstützt werden!

Es gelingt halt nichts mehr.

**Einäckerungen im Monat Mai.** Der vorige Monat hat den deutschen Krematorium eine ganz beträchtliche Summe dem vorigen Jahre gegenüber gebracht. Es wurden eingäckernd in Baden-Baden 8 (1911: 6), Bremen 59 (45), Chemnitz 68 (55), Dessau 5 (2), Dresden 45 (10), Eisenach 19 (14), Gera 16 (15), Göppingen 3 (—), Gotha 49 (52), Hamburg 55 (52), Heidelberg 8 (6), Jena 28 (32), Karlsruhe 11 (14), Koburg 29 (20), Leipzig 108 (71), Löbau 11 (9), Offenbach 40 (28), Pößneck 9 (4), Mainz 40 (33), Mannheim 22 (18), Meiningen 7 (—), Neulingen (—), Sonneberg 13 (—), Stuttgart 25 (42), Ulm 31 (22), Weimar 12 (—), Zittau 27 (24), Zwönitz 21 (9). Insgesamt haben 772 Einäckerungen stattgefunden gegen 800 im Mai 1911. In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres sind 3766 (3107) Einäckerungen zu verzeichnen.

**Eine Familientragedie.** Durch eine Familientragedie wurden gestern die Bewohner der Neuenhainer Straße in Aufregung versetzt. Der im Hause Nr. 80 wohnende 42jährige Schlosser Joseph Prause kam gestern nachmittags betrunken nach Hause, geriet mit seiner Frau, die Geld von ihm verlangte, in Streit und brachte dabei einen Revolver zum Vorschein. Als Frau Prause aus der Wohnung über die Haustür in den Schauerschen Laden flüchtete, lief Prause hinterher und feuerte drei Schüsse gegen die verriegelte Tür ab. Dann ging Prause in seine Wohnung zurück, setzte sich auf einen Stuhl und schoß sich eine Kugel in den Kopf. Beim Hinzukommen eines Schuhmanns war Prause schon tot. Von anderer Seite wird uns dazu berichtet: Die Eheleute lebten schon seit Jahren in Unfrieden. Prause war dem Trunk ergeben und öfter arbeitslos. Die Frau mußte daher den größten Teil des Familienunterhalts allein besorgen, so war sie gezwungen, Armenunterstützung in Anspruch zu nehmen. Prause war schon zweimal verheiratet, von der ersten Frau ist er geschieden, die zweite Frau starb ihm. Er hinterläßt acht unmündige Kinder.

Der Polizei freiwillig gestellt hat sich hier ein 24jähriger Expedient, der einer Firma im Südbiertel durchgegangen ist. Er war einem Lehrling der Firma, der einen Schek einlösen sollte, nachgegangen und hatte ihm die 700 Mark abgenommen. Damit hat der leichtsinnige Mensch eine Reise nach Kopenhagen und Stockholm unternommen. Er will sich mit in dem bei Malmö verunglückten Eisenbahnaug befreien haben, aber mit heiler Haut davongetragen. Der Durchbrenner besaß von der veruntreuten Summe noch 300 Mark.

**Meiderfund.** Am Pleißemauer im Rosental wurde gestern abend ein Damenstrohhut, ein Jackett und ein Regenschirm aufgefunden. Es wäre nicht ausgeschlossen, daß die李ive, lämmert der Sachen den Tod im Wasser gesucht hat, da eine Fußspur nach dem Wasser führte. Ein Leichnam ist bis jetzt noch nicht geborgen worden.

Schmucksachenbleibstahl. Für 10000 M. Schmucksachen hat in Halle ein Conte Carlo Felice della Pessa, der sich auch Carlo von Spott nennt, gestohlen. Es wird auf den Dieb gefahndet. Er soll sich nach Leipzig gewendet haben. Der Verfolgte ist ein 28-jähriger mittelgroßer Mensch mit tiefschwarzem Haar, hagerem Gesicht und einer großen Narbe auf dem einen Nackenknochen. Eine Photographie kann bei der Kriminalpolizei beschafft werden.

Unfall. Auf der Neueren Bayerischen Straße wurde gestern nachmittag ein 41 Jahre alter Zimmermann beim Herausfahren eines Lastwagens aus einem Zimmerplaye über den rechten Fuß gefahren und erheblich gequetscht. Der Verletzte hat sich sofort in ärztliche Behandlung begeben müssen.

Diebstähle. Gestohlen wurde in der Elsterstraße ein hellgrauer Herren-Summinmantel mit hellblauen Streifen, ein neuer schwarzer Hut und ein Stockschirm mit grünem Lederüberzug.

Am 16. Juni ist eine goldne Brosche aus gekreuzten Stäbchen mit einer 400 Brillanten im Wert von 900 M. hier abhanden gekommen. Es wird vor Ankauf gewarnt.

Verhaftungen. Wegen Unterschlagung von 120 M. eingenommener Gelder wurde ein bei einem bayerischen Verkehrsinstut beauftragter gewesener 28-jähriger Buchhalter aus Chemnitz verhaftet. Er ist wegen ähnlicher Verschwendungen schon vorbestraft.

Eine 21-jährige Frauensperson wurde festgenommen, weil sie einem Mann einen Geldbetrag gestohlen hat.

In der Westvorstadt stahl ein 24-jähriger Schriftseger von hier seinen Wirtleuten eine Menge Wäsche und verpfändete sie. Er wurde festgenommen; die Pfandscheine hat er vernichtet.

Eine 50-jährige Frau aus Leberthausen, die in einem großen Etablissement und in einem Delikatessengeschäft mit Reinmachern beschäftigt war, stahl große Mengen Wäsche, Delikatessen und Konsernen, wovon bei ihr noch ein großer Teil vorgefunden wurde. Die Frau wurde verhaftet.

Wegen einer unwillkürlichen Verfehlung an einem Kind wurde ein im Südbau wohnender 45 Jahre alter Arbeiter verhaftet.

## Aus der Umgebung.

Borsdorf. Vom Gemeinderate. Der leichten Gemeinderatsfahrt lag ein Baugrund des Herrn G. Sperling vor. Er will in der König-Albert-Straße, am Biobut, ein Doppelwohnhaus mit Erb- und zwei Obergeschossen erbauen. Der Gemeinderat hat nichts einzubringen. — Das Gesuch von Landhausbesitzern, um Verbot der Karussellmusik im südlichen Teile wurde gegen eine Stimme abgelehnt. Es bleibt beim alten. Die Aufstellung von Karussells und Rutschbahn wird auch fernerhin in beschränktem Maße jährlich zwei im Süden und zwei im Norden) gestattet. — Der Gemeinderat lehnt es ab, die im Frauenheim geborenen Kinder von Landesfürstengezösslingen in Gemeindesorge zu übernehmen. — Die Sammlung für die durch Windhose Geschädigten in der Amtshauptmannschaft Grimma hat bisher 102 M. ergeben. Aus der Gemeindeklasse soll der fehlende Betrag bis zu 250 M. zugelängt werden. — Vom Frauenheim wurde angefragt, die beanstandete Planke am Biobut mit Delsarbe zu streichen. Ferner soll der Platz vor der Planke mit Sträuchern bestanden werden. — Der Amtshauptmannschaft wurde das Wasserleitungsvorprojekt zur Genehmigung des Baues eingereicht. Inzwischen ist bereits die vorläufige Genehmigung zur Rohrlegung erteilt. Die Rohrlegung in der Stadtstraße und in den Kommunikationswegen muss bis zum Beginn des Kaliherabtransports beendet sein. Während derselben sind keinerlei Straßenaute gestattet. — Die Füllsel-Wilhelms-Verbindungsstraße zwischen den Zweinfurthen Wegen wurde von der Amtshauptmannschaft genehmigt. — Die Kirchungung des einzelnen Gemeinde-Kirchbaumes wurde in der bisherigen Weise, für 1 M., verpachtet. — Von einer Tierarzt-Rechnung über Weggefährte in Höhe von 145 M. wurde Kenntnis genommen. Auf die Schlachtungen eines Fleischers allein entfällt die Hälfte dieses Betrages.

Markranstädt. tödlicher Sturz auf der Treppe. Der Kürscher Andreas Plogki stürzte gestern früh in der sechsten Stunde infolge eines plötzlichen Unwohlseins rückwärts die Treppe hinab und starb gleich darauf. Plogki hatte vor ungefähr drei Wochen einen Herzinfarkt erlitten und bekam seit dieser Zeit öfter Schwindelanfälle. Auf einen solchen ist vermutlich auch sein plötzlicher Tod zurückzuführen.

Düzen. Am Sonnabend, den 22. Juni, hält der Sozialdemokratische Verein seine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagessordnung steht die Delegatenwahl und Beratung von Anträgen zum Kreistag. Ferner Stellungnahme zum 10-jährigen Stiftungsfest des Parteivereins. Die wichtige Tagessordnung bedingt einen guten Besuch der Versammlung. Wir bitten die Parteigenossen, recht rege Agitation für diese Versammlung zu enthalten.

## Aus der Partei.

Etwas mehr Objektivität! Unter den Parteiblättern, die sich über die „Scheinkonferenz“ mehrerer zum radikalsten Flügel der Partei gehörender Reichstagsabgeordneter zu Eisenach aufregen, finden wir zu unserer Verwunderung auch den Karlsruher Volksfreund. Hätte denn unser badisches Parteiblatt nicht alle Veranlassung, das gute Recht jener Genossen anzuerkennen, da es doch sehr gut weiß, daß schon am 8. und 9. Juni in Konstanz an 30 revisionistische Abgeordnete zusammengetroffen sind, darunter die Genossen Kolb und Frank? Man wird da doch wohl auch nicht lediglich über das Wetter gesprochen haben?

Etwas mehr Objektivität könnte gewissen Parteiorganen nichts schaden.

Im eigenen Heim. Unser Parteiorgan in Brandenburg a. H. ist jetzt in ein eigenes Geschäftshaus, das die Genossen im Herzen der Stadt mit einem Kostenaufwand von einer Viertelmillion errichten ließen, verlegt worden. Gleichzeitig wurde die Druckerei erweitert und die maschinellen Einrichtungen verbessert.

Die Brandenburger Zeitung erscheint jetzt als Parteiorgan im 22. Jahrgang. Die Zeitung gehört zu denjenigen Parteiblättern, denen es gelang, stets ohne Aufschluß aus der Parteiaffäre auszukommen. Da auch die zum Bau notwendigen Gelder ausschließlich aus dem Unternehmen sowie von der Brandenburger Organisation stammen und so die Hypothekfrage gut gelöst ist, können die Brandenburger Arbeiter mit berechtigtem Stolz auf die Entwicklung ihres Organs als dort ihren Interessen blicken und den Einzug des Blattes in das neue Heim mit Freude begrüßen.

Eingelaufene Schriften.

Ein Nationales Lesebuch für die deutsch-österreichische Arbeiterjugend, zusammengestellt von Robert Danneberg, ist soeben im Verlag des Verbands der jugendlichen Arbeiter Österreichs (Anton

Jenschi) erschienen. In einer Reihe von Artikeln werden nationale Probleme in leichtverständlicher Weise erörtert. Jedes Lesestück ist für sich abgeschlossen, alle sind aber vom Herausgeber so aneinandergelebt, daß sie ein inhaltlich zusammenhängendes Ganze ergeben. Eingestreute Gedichte und Illustrationen runden die Wirkung.

Die 80 Seiten starke Broschüre, deren Preis 50 Pf. beträgt (bei Einzelbezug 80 Pf.), ist durch den Verband der jugendlichen Arbeiter Österreichs, Wien V, Rechte Wienzeile 97, zu beziehen.

## Der italienisch-türkische Krieg.

### Die Ausweitung der Italiener.

Konstantinopel, 18. Juni. Der von dem italienischen Wohltätigkeitsverein gemietete deutsche Dampfer Elsa ist heute, dem letzten Tage der für die Abreise der Italiener festgesetzten Frist, mit vielen italienischen Familien an Bord, ungefähr 200 Personen, von hier abgegangen. Seit Beginn des Krieges haben 8170 Italiener Konstantinopel verlassen. Über 2000 Italiener, die von dem Ausweisungsbefehl ausgenommen sind, bleiben noch hier. Das italienische Waisenhaus in Pera ist geschlossen. Das italienische Hospital bleibt geöffnet.

Hierzlich hat der Gouverneur von Pera dem deutschen Konsulat mitgeteilt, morgen würden die noch hier weilenenden Italiener, soweit sie nicht ausgenommen seien, verhaftet und als Kriegsgefangene behandelt werden. Infolge bestimmter Vorstellungen wurde entschieden, die Italiener würden verhaftet und nach dem deutschen Konsulat geschafft werden. Das deutsche Konsulat will sie in das italienische Hospital schicken, wo sie bleiben werden, bis ein Schiff gefunden ist, auf dem sie abreisen können. Aus der Konstantinopeler Gegend sind fast alle italienischen Arbeiter abgereist; nur ungefähr hundert bleiben zurück.

### Lüge oder Wahrheit?

Rom, 18. Juni. Wie die Agenzia Stefani aus Tripolis meldet, sind nach zuverlässigen Nachrichten die Verluste der Türken in dem Kampf bei Janzur viel größer, als man bis jetzt annahm. Allein auf dem rechten Flügel sind von den Italienern 548 gefallene Türken bestattet worden. Die Einwohner von Janzur aber erklärten, daß schon am Anfang des Gefechts sehr viele Toten und Verwundete von den Türken zurückgeschafft worden seien, und daß sich auf der Straße bis Zavia noch die Leichen vieler Gefallener befinden, die auf der Flucht ihren Wunden erlegen seien. Unter den Gefallenen befinden sich auch der Hauptmann Abdallah Effendi und mehrere türkische Schieche.

### Der schlechende Tod.

Mailand, 18. Juni. Nach einem vom Avanti veröffentlichten Solitärbrief herrscht in Derna eine Typhusepidemie. Alle Regimenter sind verreicht, am schwersten des 7. und 35; vom leichteren starben bisher zweihundert Soldaten.

## Bon Nah und Fern.

### Von Düsseldorf nach Hamburg.

Hamburg, 18. Juni. Das Zeppelinluftschiff Victoria Luise, das heute früh 4 Uhr 40 Min. mit 20 Mann Besatzung und 5 Fahrgästen in Düsseldorf aufstieg, ist über Amsterdam, die Zuiderzee und Emden hier eingetroffen und um 5 Uhr 45 Min. auf dem Flugplatz Duhlsbüttel in der Halle vor Ankunft gegangen. Das Weiter war ziemlich lähl, regnerisch, neblig, und zeitweise hatte das Luftschiff gegen starke Lüerwinde aus Süden zu kämpfen. Es mußte deshalb auch darauf verzichten, wie erst geplant, über Norderney, Borkum und Juist zu fahren, sondern mußte einen möglichst direkten Weg wählen.

### Explosion in einer chemischen Fabrik.

Neumark (Oberspalz), 19. Juni. In der Chemischen Fabrik von Geiseltal ereignete sich eine schwere Explosion, bei der dem Chemiker der Fabrik beide Arme abgerissen wurden. Der 10jährige Wissler Wippendorf wurde an beiden Armen und am Kopf schwer verletzt; eine Hand wurde ihm vollständig abgerissen. Der im Laboratorium befindliche Ingenieur Dr. Keppler wurde zu Boden geschleudert und am Kopf verletzt. Das Laboratorium ist schwer beschädigt.

### Aus Südwürttemberg.

Windhuk (Südwürttemberg), 19. Juni. Das Bezirksgericht verurteilte die Landstreicher Gall aus Haslach in Baden und Sommer aus Bernau, die den Polizeiangehörigen Strunk hinterstürzt erjossen hatten, wegen vollenbeter und versuchter Raubmordes und bandenmäßiger Einbrüche zum Tode und 15 Jahren Zuchthaus.

### Auf dem Schülenseit.

Düsseldorf, 19. Juni. Im benachbarten Saan wurde der Anstreichermeister Koch während des Schülenseitens von zwei Personen erstochen. Die Täter wurden verhaftet.

### Der Unfall des 3. III.

Priebrickhausen, 18. Juni. Wie die Untersuchung ergeben hat, ist die gestrige Explosion an dem Luftschiff 3. III auf Selbstzündung von Knallgas beim Entseihen der zentralen Zelle zurückzuführen. Das Luftschiff wird erst Mitte Juli wieder abnahmefähig sein, da die Gelegenheit zur Befahrung einiger anderer größere Bauten benutzt werden soll. Der eine der beiden verletzten Arbeiter befindet sich bereits wieder zu Hause, der andre liegt noch mit einer Handverletzung im Krankenhaus, befindet sich aber verhältnismäßig wohl.

### Das 21. Opfer.

Malmö, 18. Juni. Frau Professor Hermansson aus Helsingfors ist heute mittag ihren Verlegungen erlegen. Die übrigen Verlegten sind auf dem Wege der Besserung. Die Zahl der bei dem Eisenbahnglücks Unglücke ist nunmehr auf 21 gestiegen. Im hiesigen Leichenhause liegen noch die Leichen der Frau Henrichsen aus Norwegen und des Engländer Glynn, der angeblich Geistlicher gewesen ist.

### Bestialischer Vater.

Frankfurt, 18. Juni. Der Vater der seit einigen Tagen verschwundenen Anna Koch hat nunmehr eingestanden, seine Tochter, mit der er in unfristlichem Verkehr stand, im Walde bei Ilsenburg ermordet zu haben. Die Leiche der Ermordeten wurde in einem Dickicht aufgefunden. Der Körper wies gräßliche Verletzungen auf und war bereits stark in Verwesung übergegangen.

### Ein Eisenbahnglücks abgestürzt.

Solingen, 18. Juni. Auf der Baustelle Stocken der Kleinbahn von Solingen nach Kronenberg fuhr die Lokomotive der Schmalspurbahn infolge Versagens der Bremse über das Gleisende

hinaus. Die Lokomotive und 12 Wagen stürzten von der 20 Meter hohen Brücke ins Tal und wurden vollständig zerstört. Glücklicherweise konnte dadurch vermieden werden, daß sich das Personal im letzten Augenblick durch Abspringen rettete.

## Erwerbt das Bürgerrecht.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind nach § 17 der Steuerordnung berechtigt, welche

1. die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen oder erwerben;
2. das 25. Lebensjahr vollendet haben;
3. öffentliche Armenunterstützung weder beziehen noch im Laufe der letzten zwei Jahre bezogen haben;
4. unbescholt sind;
5. eine direkte Staatssteuernmensteuer von mindestens 8 Mark bezahlen;
6. in den letzten zwei Jahren ihre Staats- und Gemeindeabgaben vollständig berichtigt haben;
7. im Stadtgebiet seit wenigstens zwei Jahren wohnhaft sind oder
8. in einer andern Stadtgemeinde Sachsen's bisher stimmberechtigte Bürger waren.

Bei der Einreichung des Antrags auf Verleihung des Bürgerrechts sind beizubringen, falls der Antragsteller Sachse ist:

1. Staatsangehörigkeitsausweis eines deutschen Bundesstaates;
2. bei Verheiraten Familienbuch; wo das nicht vorhanden, Trauschein sowie Geburtschein von Frau und Kindern.

Bei Nichtsachsen muß zugleich das Ersuchen an den Rat gerichtet werden, bei der Kreishauptmannschaft die Aufnahme als sächsischer Staatsangehöriger zu vermittelet. Außer den bereits für Sachsen angegebenen Papieren sind beizubringen:

1. der Geburtschein (event. Familienbuch, Konfirmationschein oder vergleichbar);

2. Militärausweis;

3. die quittierten Steuerzettel der letzten zwei abgelaufenen Jahren.

Die meisten Umstände verursachen die Beirringung eines Staatsangehörigkeitsausweises, doch ist die Materie gesetzlich geregelt. Die Ausstellung eines Ausweises hängt nicht vom guten Willen einer Behörde ab. Im Deutschen Reich besteht ein Indigenat (Staatsbürgerschaft) mit der Wirkung, daß jeder Angehörige eines jeden Bundesstaates in jedem andern Bundesstaat als Ausländer zu behandeln, und demgemäß zur Erlangung des Staatsbürgerschafts u. v. wie der Einheimische zugelassen ist. Kein Deutscher darf in der Ausübung dieser Befugnisse durch die Obrigkeit seiner Heimat oder durch die Obrigkeit eines andern Bundesstaates beschränkt werden.

Urkunden über Staatsangehörigkeit können nur von den höheren Verwaltungsbürokraten des Heimatlandes ausgestellt werden. Dem Gesetz sind beizubringen: Familienbuch (oder Geburtschein), Militärapier sowie 8 Mark für Stempelgebühren.

## Gillianen der Leipziger Volkszeitung.

Leipzig: Gilliane Volkshaus, Zeitzer Straße.

— Frau Ida Meckhorn, Albertstraße 12.

— Herr H. Vorles, Marthstraße 12, pt.

— Herr Otto Jacob, Blücherstraße 47, Ecke Berliner Straße.

— Volkmardorf: Gilliane Ost: Ellsbachstraße 10.

— Anger: Herr G. Schirmer, Schweinauendorfer Straße 25, pt.,

— Herr G. Kosch, Cidoriusstraße 12.

— Neudörfel: Restaurant Schröder, Comeniusstraße 2.

— Herr Gustav Albrecht, Zigarrensgeschäft, Bergstraße 7.

— Herr Franz Albrecht, Tübchenweg, Ecke Breitkopfstraße, Zigarrensgeschäft.

— Eilen: Herr Wilhelm Brückner, Schulstraße 5.

— Thonberg: Herr Ernst Troitsch, Neuhäuser Straße 22.

— Stötteritz: Herr Pöhl, Ferdinand-Joh.-Straße 27.

— Kleinzschocher: Herr M. Georgi, Dieslastraße 81, pt.

— Leutzsch: Herr F. Stoye, Hauptstraße 53.

— Lindenau: Uhner Straße 41, Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße.

— Plagwitz: Weihenheiser Straße 19.

— Böhls-Ghrenberg: Herr Ed. Breckau, Ecke Bettiner und Mühlstraße.

— Cennewitz: Herr R. Prior, Vornaische Straße 18.

— Gutritsch: Herr R. Herzog, Magdalenenstraße 6.

— Göhrlsd: Herr Herm. Müller, Lindenthaler Straße 12.

## Zur Beachtung für alle, die an die Redaktion schreiben.

1. Wenn du etwas einer Zeitung mitteilen willst, tu dies rasch und schreibe es sofort ein.

2. Sei kurz; du sparst damit die Zeit des Redakteurs und deine eigene. Dein Prinzip sei: Tatsachen, keine Phrasen.

3. Sei klar, schreibe nicht mit Bleistift, sondern mit Tinte und leserlich, besonders Namen und Biffern; sehe mehr Punkte als Komma.

4. Schreib nicht „gestern“ oder „heute“, sondern den Tag oder das Datum.



